



Einflussfaktoren des demographischen Wandels

Expertise

Einflussfaktoren des demographischen Wandels

Expertise

Manuel Slupina
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Inhalt

1	Demographische Vorausberechnungen und deren Unsicherheiten – gestern, heute und morgen	6
2	Wie sich Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Zuwanderung entwickeln	16
2.1	Einflussfaktor Geburtenhäufigkeit	16
2.2	Einflussfaktor Lebenserwartung	21
2.3	Einflussfaktor Zuwanderung	24
2.4	Zwischenfazit zu den Trends bei den drei Einflussfaktoren Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Zuwanderung	28
3	Kann Zuwanderung die demographischen Herausforderungen lösen?	29
4	Fazit: Die Schrumpfung der Bevölkerung bleibt vorerst aus	34
	Literatur	36
	Abbildungsverzeichnis	39
	Impressum	42

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beide Geschlechter.

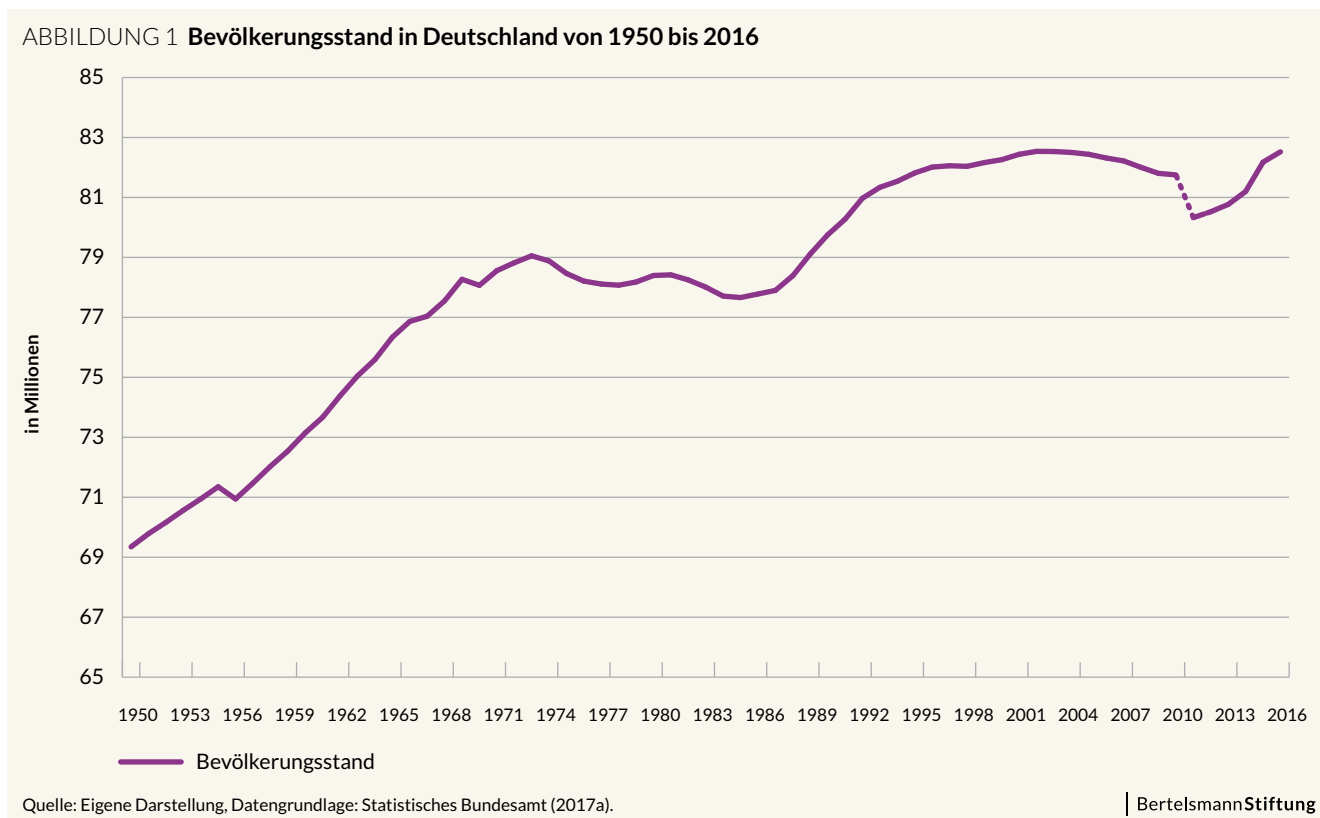
1 Demographische Vorausberechnungen und deren Unsicherheiten – gestern, heute und morgen

Lange kamen Vorausberechnungen zur Bevölkerungsentwicklung zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Einwohner in Deutschland kontinuierlich sinken würde und dass hierzulande im Jahr 2050 rund zehn Millionen Menschen weniger leben könnten als noch Anfang des Jahrtausends. Zwei demographische Entwicklungen prägten die politisch-mediale Diskussion maßgeblich. Zum einen, dass Deutschlands Bevölkerungszahl ihren Zenit überschritten hatte, und zum anderen, dass die Gesellschaft gleichzeitig deutlich alterte. In der medialen Darstellung wurden beide Entwicklungen dabei häufig mit Schreckensszenarien verknüpft. Verödete Landstriche und Städte, leere Kindergärten, kollabierende Sozialsysteme und eine hohe Zahl pflegebedürftiger Menschen, die nicht mehr ausreichend versorgt werden können, prägten das Bild der Zukunft.

Zunächst schien die demographische Entwicklung auch den Vorausberechnungen zu folgen. Nachdem die Bevölkerung seit Anfang der 1950er-Jahre von 69 Millionen Personen (Vgl. Abbildung 1) kontinuierlich gewachsen war, erreichte sie laut Angaben des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2002 mit rund 82,5 Millionen Personen ihren vorläufigen Höhepunkt.¹ Jedoch ist zweifelhaft, ob damals wirklich so viele Menschen in Deutschland gelebt haben. Denn die letzte Volkszählung lag zu diesem Zeitpunkt im Westen bereits 15 Jahre zurück, im Osten sogar 21 Jahre. Bis zum Zensus 2011 sollten aber nochmals 9 Jahre vergehen. Die erste Volkszählung im wiedervereinigten Deutschland brachte dann hervor, dass sich in den behördlichen Statistiken rund 1,5 Millionen Personen befanden, die längst weggezogen oder verstorben waren.² Somit dürfte die Bevölkerungszahl im Jahr 2002 nur bei etwas über 81 Millionen Personen gelegen haben.

1 Statistisches Bundesamt (2017a). Bevölkerungsstand. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen_/Irbev03.html (abgerufen am 24.07.17).

2 Statistisches Bundesamt (2013). Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen. URL: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13_188_121.html (abgerufen am 24.07.17).



Anfang der 1950er-Jahre lebten rund 69 Mio. Personen auf dem Gebiet der beiden deutschen Staaten. Bis Mitte der 1970er-Jahre stieg die Einwohnerzahl um 10 Mio. Personen an. Anfang der 1990er-Jahre kam es aufgrund der Zuwanderung vieler Spätaussiedler zu einem neuerlichen Wachstumsschub. Danach schrumpfte die Bevölkerung bis zum Jahr 2011, als eine neue Trendwende einsetzte.

Nach 2002 begann der Bevölkerungsrückgang. In den folgenden neun Jahren verringerte sich die Einwohnerzahl Jahr für Jahr. Zudem wurde die Bevölkerungszahl 2011 aufgrund des Zensus nach unten korrigiert, sodass die Einwohnerzahl laut amtlicher Statistik nur noch bei knapp über 80 Millionen Personen lag.³ Seitdem ist Deutschland jedoch wieder auf den Wachstumspfad zurückgekehrt, und die Bevölkerungsverluste der 2000er-Jahre konnten mehr als ausgeglichen werden. Vorläufigen Zahlen nach lebten im Jahr 2017 rund 82,8 Millionen Personen in Deutschland – und damit mehr als jemals zuvor.⁴ Und anders als 2002 dürfte die amtliche Statistik kaum von der tatsächlichen Bevölkerungszahl abweichen. Das Bevölkerungswachstum ist damit deutlich stärker, als es ein erster Blick auf die Zahlen vermuten lässt.

³ Statistisches Bundesamt (2017a).

⁴ Statistisches Bundesamt (2018). Bevölkerung in Deutschland zum Jahresende 2016 auf 82,5 Millionen Personen gewachsen. Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/01/PD18_019_12411.html (abgerufen am 26.01.18).

Statt Schrumpfung kam Wachstum – ein Abgleich der Bevölkerungsvorausberechnungen mit der tatsächlichen Entwicklung

Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung scheint damit einen anderen Verlauf zu nehmen, als es die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes vorsahen. Doch wie groß sind die Abweichungen? Und wie gut schneiden die einzelnen Vorusberechnungen seit der Jahrtausendwende ab?

Um diesen Fragen nachzugehen, haben wir die tatsächliche Entwicklung mit jeweils zwei Varianten aus den fünf koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen, die nach 2000 erschienen sind, verglichen. Diese beiden Varianten sind zwar nicht wahrscheinlicher als die übrigen der jeweiligen Modellrechnung, als „mittlere“ Szenarien erhielten sie in der Öffentlichkeit allerdings die größere Aufmerksamkeit. Sie unterscheiden sich in der Höhe des angenommenen Wanderungssaldos – die Annahmen zur Lebenserwartung und zur zusammengefassten Geburtenziffer (Kinderzahl je Frau) sind hingegen identisch (vgl. Infokasten 1).

INFOKASTEN 1 **Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen und ihre Varianten**

Seit der Jahrtausendwende hat das Statistische Bundesamt fünf koordinierte Bevölkerungsvorausberechnungen veröffentlicht, angefangen von der 9. Version im Jahr 2000 bis hin zur 13. Version im Jahr 2015. Die Berechnungen basieren dabei alle auf der sogenannten Kohorten-Komponenten-Methode. Dabei wird zum einen die Bevölkerung in Altersjahre und Geschlecht (Kohorten) unterteilt und zum anderen werden für jede von ihnen Annahmen für die drei demographischen Einflussfaktoren (Komponenten) Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Wanderung getroffen. Je Komponente wird dabei in der Regel in zwei oder mehr Szenarien angenommen, wie sich diese Einflussfaktoren künftig entwickeln könnten.⁵

Daraus ergeben sich dann die verschiedenen Varianten der Bevölkerungsvorausberechnung. Deren Anzahl variiert jedoch deutlich. So kommt die 9. Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2000 auf drei Varianten, während es die 11. und die 12. Vorausberechnung auf jeweils zwölf Varianten bringen.⁶ Um die Bevölkerungsvorausberechnungen der verschiedenen Jahre trotzdem miteinander vergleichen zu können, wurden in dieser Analyse pro Vorausberechnung jeweils zwei Varianten ausgewählt, die als „mittlere“ Szenarien angesehen werden können. Dabei handelt es sich jeweils um eine Variante mit niedrigerer und eine mit höherer Nettozuwanderung.

In den ausgewählten Vorausberechnungen mit niedriger Zuwanderung gehen die Varianten davon aus, dass sich der Wanderungssaldo bei jährlich plus 100.000 Personen einpendelt.

- 5 Pöttsch, O. (2016). (Un-)Sicherheit der Bevölkerungsvorausberechnungen. Rückblick auf die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland zwischen 1998 und 2015. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/2016/04/UnSicherheitenBevoelkerungsvorausberechnungen_042016.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 05.07.17).
- 6 Statistisches Bundesamt (2000). Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (2003). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (2006). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Bei jenen Varianten mit höherer Zuwanderung liegt das jährliche Wanderungsplus doppelt so hoch. Weil die Berechnungen jedoch von ungleichen Ausgangsniveaus starten, modellierten die Statistiker einen allmählichen Übergang zu den langfristigen Annahmen von 100.000 oder 200.000 Personen pro Jahr. Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung beginnt etwa im Wirtschaftskrisenjahr 2008 bei einer Nettoabwanderung von 56.000 Personen und gleicht sich dann von unten den langfristigen Annahmen an, während die ihr folgende Vorausberechnung bei einem Wanderungsplus von 429.000 Personen im Jahr 2013 ansetzt und sich von oben den beiden langfristigen Annahmen annähert. Dies hat zur Folge, dass die durchschnittlichen Wanderungssalden der Vorausberechnungen deutlich voneinander abweichen. Die durchschnittliche jährliche Zuwanderung bis 2060 liegt bei der 12. Bevölkerungsvorausberechnung statt bei 100.000 Personen nur bei rund 93.000, während die 13. auf jährlich 130.000 Personen kommt. Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch bei den Varianten mit langfristig hoher Nettozuwanderung. Hier liegen die durchschnittlichen Werte bei 180.000 (12.) und 230.000 Personen (13.) pro Jahr.⁷

Ausgewählte Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung:

Nummer der Bevölkerungsvorausberechnung und Erscheinungsjahr	Variante	Annahme zur Geburtenziffer (G)	Annahmen zur Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2050 (L)	Annahme zum durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo (W)
9. (2000)	1 (G-L1-W1)	1,4	78,08 (Männer)	100.000
	2 (G-L1-W2)		84,55 (Frauen)	200.000
10. (2003)	4 (G-L2-W1)	1,4	81,10 (Männer)	116.000
	5 (G-L2-W2)		86,65 (Frauen)	213.000
11. (2006)	1-W1 (G1-L1-W1)	ab 2025: 1,37	83,45 (Männer)	98.000
	1-W2 (G1-L1-W2)		87,98 (Frauen)	190.000
12. (2009)	1-W1 (G1-L1-W1)	ab 2020: 1,4	83,72 (Männer)	93.000
	1-W2 (G1-L1-W2)		88,14 (Frauen)	180.000
13. (2015)	1 (G1-L1-W1)	1,43	83,46 (Männer)	130.000
	2 (G1-L1-W2)		87,75 (Frauen)	230.000

Quelle: Pöttsch, O. (2016).

Bevölkerungsvorausberechnungen basieren auf Wenn-dann-Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenziffer (G), Lebenserwartung (L) oder Zuwanderung (W). Die verschiedenen Varianten der Bevölkerungsentwicklung sind dabei Ergebnis unterschiedlicher Szenarien, wie sich diese drei Faktoren künftig entwickeln könnten – etwa wie stark die Lebenserwartung weiter zunimmt oder wie viele Menschen in den nächsten Jahrzehnten nach Deutschland kommen. In dieser Analyse wurden jeweils zwei Varianten je Bevölkerungsvorausberechnung ausgewählt – eine mit höherer und eine mit niedrigerer Nettozuwanderung. Die Annahmen zur zusammengefassten Geburtenziffer sowie der Lebenserwartung sind bei beiden ausgewählten Varianten jeweils identisch, da anders als bei der Zuwanderung unvorhergesehene Abweichungen untypisch sind.⁸

⁷ Pöttsch, O. (2016).

⁸ Pöttsch, O. (2016).

Mehr Zuwanderung als angenommen

Trotz der vergleichbaren Annahmen kommen die Vorausberechnungen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Dies liegt daran, dass sie an verschiedenen Ausgangsniveaus beim Bevölkerungsstand oder der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Zuwanderung starten. Insgesamt lässt sich festhalten, dass sich die Bevölkerungszahl in eine andere Richtung entwickelt hat, als es die Vorausberechnungen suggeriert haben. Dies liegt vor allem am hohen Zustrom von Neuankömmlingen seit 2012 nach Deutschland. Dieser Zuwanderungsboom führte dazu, dass sich die getroffenen Annahmen zum durchschnittlichen Wanderungssaldo als zu niedrig erwiesen.

Vor allem die Varianten mit einer jährlichen Zuwanderung von rund 100.000 Personen pro Jahr haben die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung deutlich unterschätzt. Denn zwischen 2000 und 2016 lag die durchschnittliche Nettozuwanderung pro Jahr mit über 250.000 Personen rund zweieinhalbmal so hoch, als bei diesen Varianten angenommen. Allerdings ist der hohe Durchschnittswert auf die starke Zuwanderung seit 2011 zurückzuführen. In den 2000er-Jahren lag die jährliche Nettozuwanderung im Mittel bei rund 96.000 Personen und damit sogar etwas unter der getroffenen Annahme.⁹

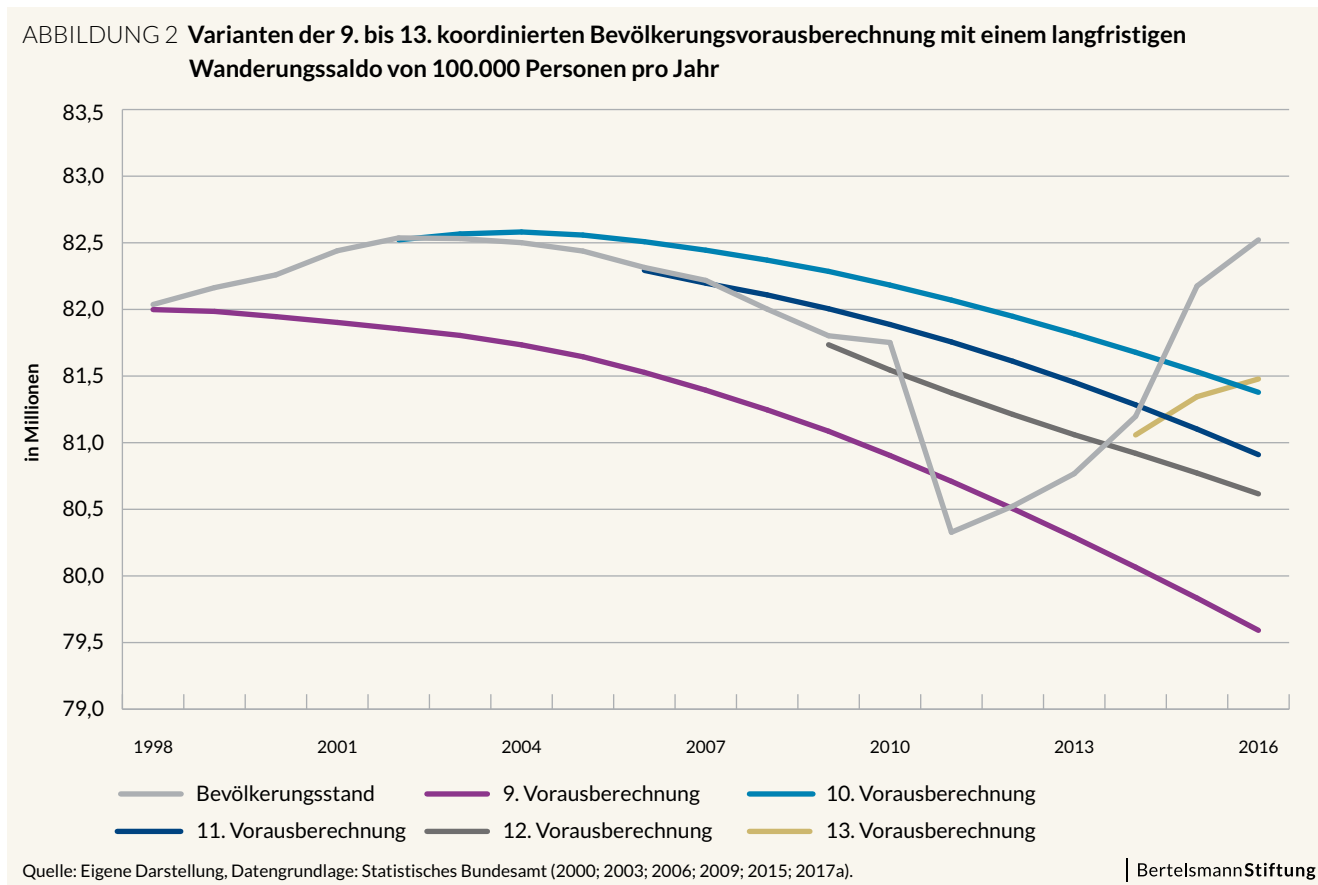
Die insgesamt höhere Zuwanderung hatte zur Folge, dass es nicht zu den erwarteten Bevölkerungsverlusten gekommen ist. Den größten Rückgang sah dabei die 9. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2000 voraus – von rund 82 Millionen Personen im Jahr 1998 auf 79,6 Millionen im Jahr 2016 (Vgl. Abb. 2). Sie weicht damit am stärksten von der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung ab. Die Differenz beträgt rund 2,9 Millionen Personen oder rund 3,5 Prozent. Deutlich besser treffen die 10. und die 13. Bevölkerungsvorausberechnung mit weniger als 1,4 Prozent Abweichung das Fortschreibungsergebnis.

Dass die Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2015 verhältnismäßig gut abschneidet, ist wenig überraschend. Jüngere Berechnungen haben den Vorteil, dass zwischen ihrem Ausgangsjahr und dem letzten bekannten Bevölkerungsstand nur wenige Jahre liegen. In diesem Zusammenhang ist es überraschend, dass die zweitälteste betrachtete Bevölkerungsvorausberechnung aus dem Jahr 2003 nur geringe Abweichungen zur Berechnung aus dem Jahr 2015 enthält. Hier zeigt sich, dass sich die statistischen Wirkungen von unvorhergesehenen Entwicklungen teilweise gegenseitig aufheben können.

Die Abweichungen der 9. bis 12. Bevölkerungsvorausberechnung sind höher, als es der Zahlenvergleich suggeriert. Denn durch den Zensus 2011 „sank“ die gemessene Einwohnerzahl schlagartig um rund 1,5 Millionen Personen, die in den Vorausberechnungen allerdings weiterhin enthalten sind.¹⁰ Dieser Rechenakt schloss einen Teil der Lücke, die das unvorhergesehene Bevölkerungswachstum zwischen der Bevölkerungsfortschreibung und den Vorausberechnungen riss. Dieser statistische Effekt lässt die Vorausberechnungen genauer erscheinen, als sie tatsächlich sind.

⁹ Statistisches Bundesamt (2017b). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen 2015. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen2010120157004.pdf?blob=publicationFile (abgerufen am 10.07.17).

¹⁰ Statistisches Bundesamt (2013).

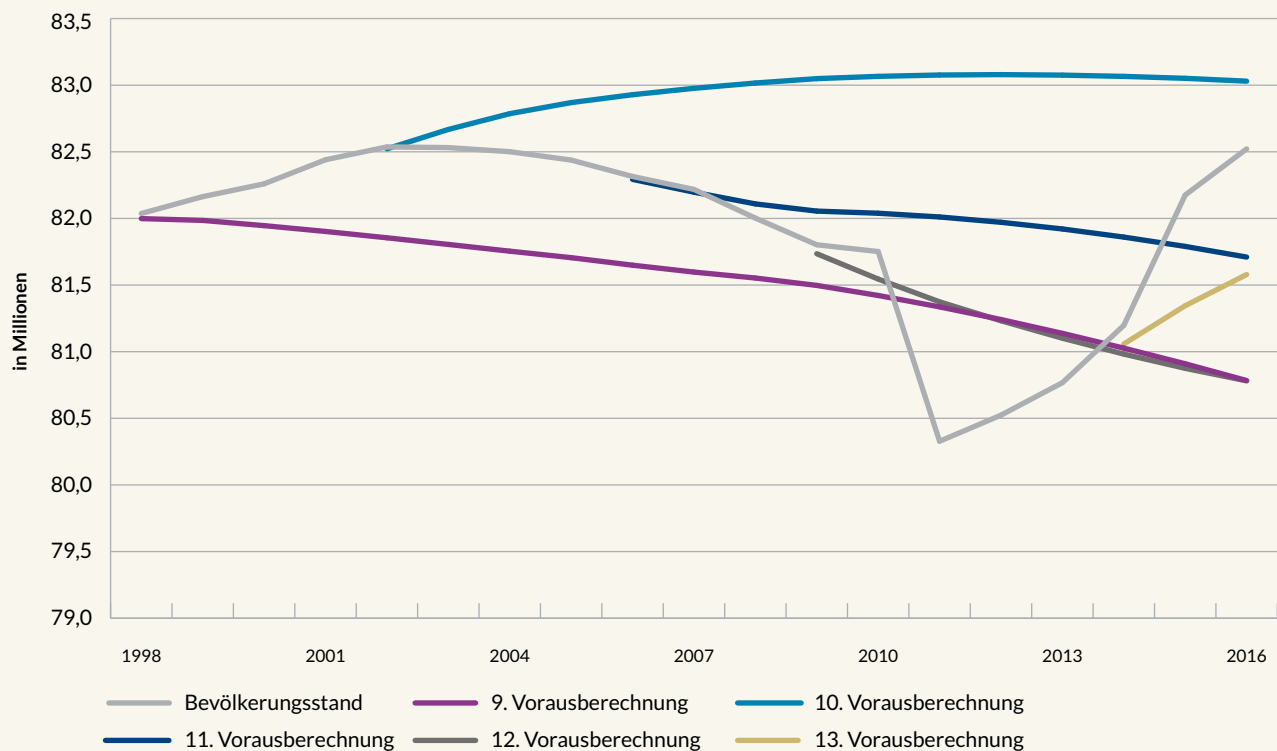


Im Jahr 2016 lebten in Deutschland rund 82,5 Millionen Personen und damit mehr als in den ausgewählten Varianten mit niedriger Zuwanderung vorausberechnet wurden. Eine schrumpfende Einwohnerzahl, so wie es die 9. bis 12. Bevölkerungsvorausberechnung vorsah, scheint sich derzeit nicht einzustellen.

Deutlich besser treffen die Varianten mit einer höheren, angenommenen Nettozuwanderung von 200.000 Personen die tatsächliche Bevölkerungsfortschreibung. Mit rund 2,1 Prozent oder etwas mehr als 1,7 Millionen Personen weichen die älteste betrachtete (9.) sowie die 12. Bevölkerungsvorausberechnung am stärksten von der aktuellen Einwohnerzahl ab. Um gerade einmal rund 500.000 Personen verfehlt hingegen die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung den tatsächlichen Bevölkerungsstand.

Dieses Bild kann sich jedoch schnell wieder ändern, wie ein Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt (Vgl. Abb. 3). Denn im Jahr 2011 wich die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung noch am stärksten von der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung ab. Erst mit dem verstärkten Zustrom von Menschen nach Deutschland näherte sich der Bevölkerungsstand dem Trend der 10. Bevölkerungsvorausberechnung an. Doch auch hier sorgt die durch den Zensus 2011 korrigierte Bevölkerungszahl nur für eine scheinbare, tatsächlich jedoch nicht vorhandene Genauigkeit der Vorausberechnung. Ohne die Korrektur würde sich eine Lücke von rund einer Million Personen ergeben.

ABBILDUNG 3 Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr



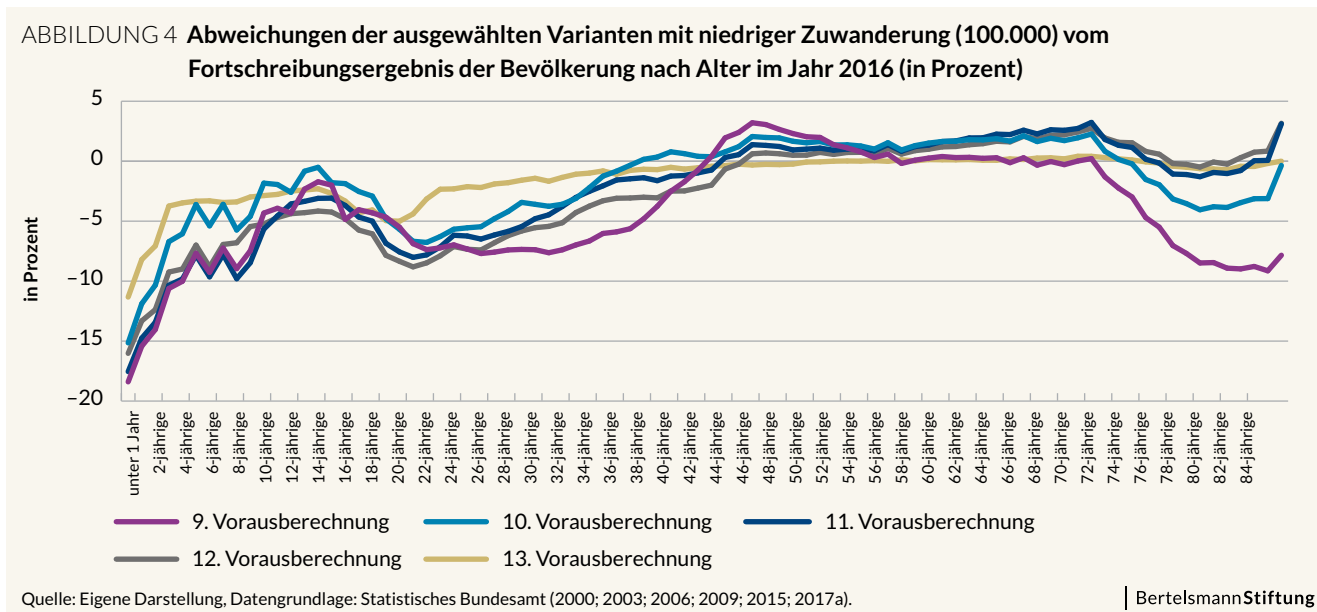
Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2000; 2003; 2006; 2009; 2015; 2017a).

BertelsmannStiftung

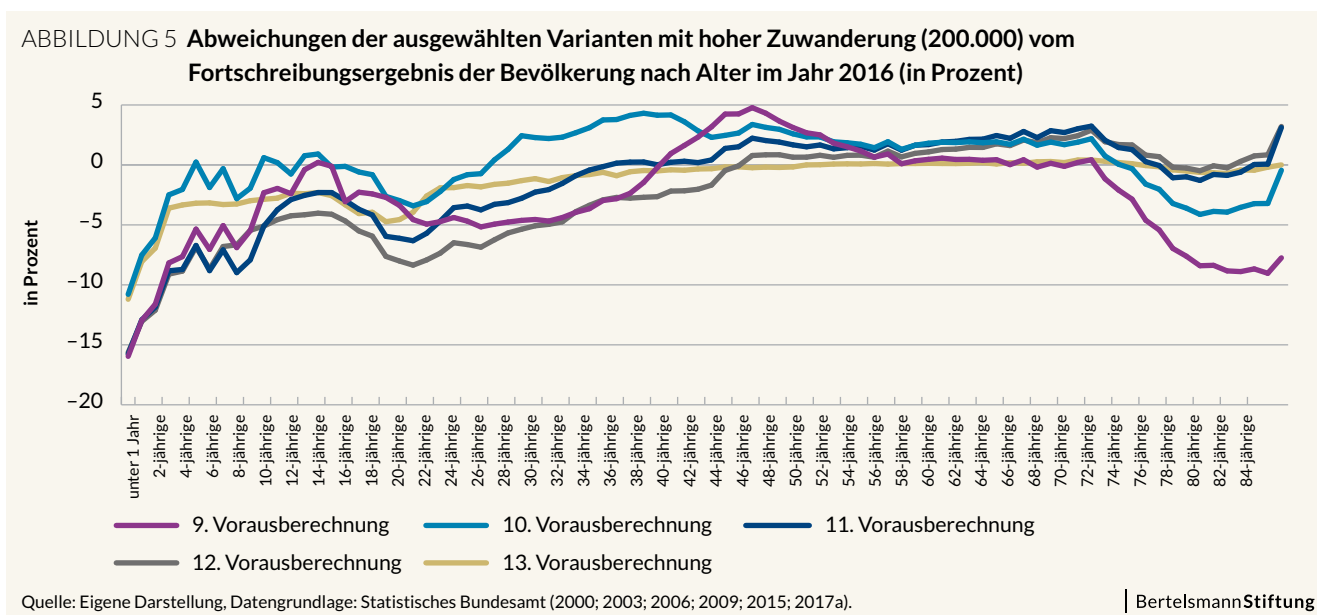
Die Varianten mit einem doppelt so hohen jährlichen Wanderungsplus spiegeln die tatsächliche Entwicklung besser wider. Insbesondere die Variante 5 aus der 10. Vorausberechnung kommt der tatsächlichen Bevölkerungszahl nahe.

Nur geringe Abweichungen bei der Altersstruktur

Der Vergleich der Bevölkerungsvorausberechnungen mit der Fortschreibung gibt einen Überblick darüber, wie groß die Abweichungen bei der absoluten Bevölkerungszahl sind. Er sagt jedoch noch nichts darüber aus, wie stark die Vorausberechnungen und die Realität bei der Alterung der Gesellschaft auseinandergehen. Denn es ist davon auszugehen, dass sich die Abweichungen bei der Gesamtbevölkerung nicht gleichmäßig über alle Altersjahre verteilen. Um herauszufinden, wie groß die Unterschiede bei der Zahl von Kindern und Jugendlichen, von Menschen im Erwerbsalter oder von über 65-Jährigen sind, haben wir die einzelnen Altersjahre der insgesamt zehn ausgewählten Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit dem Bevölkerungsstand von 2016 verglichen (Vgl. Abb. 4).



Nach Altersklassen betrachtet, zeigen sich die größten Abweichungen bei den jüngsten Jahrgängen: Vier von fünf Berechnungen unterschätzten die Zahl der unter 1-Jährigen um mehr als 15 Prozent. Auch die Zahl der 18- bis 30-Jährigen ist höher ausgefallen. Bei den über 70-Jährigen schneidet die älteste der betrachteten Vorausberechnung am schlechtesten ab.



Bei den Varianten mit höherer Zuwanderung zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei jenen mit niedrigerer. Auch hier gehen die Vorausberechnungen und die tatsächliche Bevölkerungszahl vor allem bei den Jüngsten auseinander, während sie die Zahl der 45- bis 70-Jährigen vergleichsweise gut treffen.

Insgesamt zeigen sich geringere Abweichungen in den einzelnen Altersjahren bei den Varianten mit höherer Zuwanderung als bei jenen Varianten, die nur von einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen ausgehen (Vgl. Abb. 5). Dies ist wenig überraschend, da bei Letzteren auch die Unterschiede bei der gesamten Bevölkerungszahl am höchsten sind. Gemeinsam haben alle Varianten, dass sie bei den jüngsten Kohorten am stärksten von der Fortschreibung der Bevölkerung abweichen. So sollten nach der Variante 1 der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung im Jahr 2016 rund 643.000 Kinder im ersten Lebensjahr in Deutschland leben. Die tatsächliche Zahl lag um rund 150.000 Kinder höher. Auch die übrigen Varianten liegen hier zum Teil deutlich unter der tatsächlichen Bevölkerungszahl aus dem Jahr 2016. Hierfür dürften im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich sein: Zum einen ist die zusammengefasste Geburtenziffer, also die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau, in den letzten Jahren gestiegen.¹¹ Zum anderen hat sich auch die Zuwanderung der letzten Jahre auf die Zahl der Geburten ausgewirkt. Denn unter den Neuankömmlingen waren viele Menschen im Familiengründungsalter: im Jahr 2016 rund 38 Prozent der Asylbewerber.¹²

Bei den älteren Bevölkerungsvorausberechnungen zeigen sich zudem größere Abweichungen bei den über 75-Jährigen. Auch deren Zahl wurde unterschätzt. Dies liegt vor allem daran, dass die Lebenserwartung stärker gestiegen ist als angenommen. Bei den Annahmen zu einem längeren Leben hatten sich die Statistiker zum einen auf den langfristigen Trend seit 1871 gestützt, zum anderen auf einen kürzeren Trend seit 1970. Letzterer zeigt einen steileren Anstieg, weil sich seit den 1970er-Jahren das Sterberisiko im höheren Alter ab etwa 60 Jahren deutlich reduziert hat. Zudem wurde ab der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ein weiterer Trend berücksichtigt: Seit rund zwei Jahrzehnten holen Männer bei der Lebenserwartung gegenüber Frauen auf.¹³ Aufgrund dieser Berechnungsgrundlage ist die „Basisannahme“ zur Lebenserwartung bei jüngeren Vorausberechnungen höher angesetzt und im Ergebnis kommt es bei den älteren Altersgruppen nur zu geringen Abweichungen von der Realität.

Die Frage, ob die Bevölkerung nun weniger stark oder gar stärker gealtert ist, als es nach den Vorausberechnungen hätte der Fall sein dürfen, lässt sich auf den ersten Blick nicht beantworten. Dazu müssen erst die einzelnen Altersgruppen ins Verhältnis zueinander gesetzt werden. Im Jahr 1999 kamen die unter 20-Jährigen auf einen prozentualen Bevölkerungsanteil von 21,4 Prozent, die 20- bis 64-Jährigen auf 62,4 Prozent und jene ab 65 Jahren auf 16,2 Prozent. Im Jahr 2016 war die Bevölkerung bereits deutlich gealtert. Der Anteil der unter 20-Jährigen war auf 18,5 Prozent, jener im Erwerbsalter auf 60,3 Prozent gesunken. Deutlich gestiegen war hingegen der Anteil der über 64-Jährigen – um über fünf Prozentpunkte auf 21,2 Prozent.¹⁴

11 Statistisches Bundesamt (o. J.). Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit der Mutter. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12612-0010. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 05.07.17).

12 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2017). Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: Dezember 2016. Nürnberg.

13 Pötzsch, O. (2016); Statistisches Bundesamt (2012). Periodensterbetafeln für Deutschland 1871/1881 bis 2008/2010. Allgemeine Sterbetafeln, abgekürzte Sterbetafeln und Sterbetafeln. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (o. J.). Lebenserwartung in Deutschland. Durchschnittliche und fernere Lebenserwartung nach ausgewählten Altersstufen. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Tabellen/LebenserwartungDeutschland.html (abgerufen am 04.01.18).

14 Statistisches Bundesamt (2017a).

Diesen Alterungsprozess spiegeln die Bevölkerungsvorausberechnungen gut wider. Denn anders als bei den absoluten Bevölkerungszahlen weichen sie bei prozentualen Anteilen der drei Altersgruppen kaum von der tatsächlichen Entwicklung ab. Für die unter 20-Jährigen berechneten sie für 2016 einen Bevölkerungsanteil von 17,4 bis 18,0 Prozent, für die 20- bis 64-Jährigen von 60,5 bis 61,4 Prozent und für jene ab 65 Jahren einen Anteil von 20,8 bis 22,0 Prozent.¹⁵

Zwischenfazit: Wachstum falsch eingeschätzt – Alterung wie erwartet

Insgesamt zeigt sich, dass die Vorausberechnungen vor allem bei der Entwicklung der absoluten Bevölkerungszahl abweichen. Statt einer sinkenden Einwohnerzahl stellt sich seit einigen Jahren wieder Bevölkerungswachstum ein. Hierbei handelt es sich jedoch nur um eine Momentaufnahme. Der Abstand zwischen Vorausberechnungen und tatsächlicher Bevölkerungsentwicklung kann sich auch wieder verringern. Denn das aktuelle Wachstum ist vor allem der außergewöhnlich hohen Zuwanderung der letzten Jahre geschuldet. Wie sich die Wanderungszahlen künftig entwickeln, lässt sich aber kaum abschätzen. Sollten sie in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen, dann hätte es sich bei der aktuellen demographischen Entwicklung lediglich um ein demographisches Zwischenhoch gehandelt. Der ursprünglich erwartete Bevölkerungsrückgang würde dann zeitlich verzögert einsetzen. Bleibt die Zuwanderung jedoch auf einem hohen Niveau, könnte Deutschland noch länger auf dem Wachstumspfad bleiben. Neuere Vorausberechnungen dürften dann bei der absoluten Bevölkerungszahl zu deutlich anderen Ergebnissen kommen.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Alterung der Bevölkerung. Hier sind nur geringe Abweichungen auszumachen. So zeigt sich etwa das Verhältnis der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer und der ihr folgenden Generation als weitgehend konstant. Dies liegt jedoch weniger an den getroffenen Annahmen, sondern daran, dass die Altersstruktur der Gesellschaft durch langfristige Trends geprägt ist. Diese reagiert nur träge auf gestiegene Geburtenzahlen und hohe Zuwanderung.

¹⁵ Statistisches Bundesamt (2000, 2003, 2006, 2009, 2015a, 2017a).

2 Wie sich Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Zuwanderung entwickeln

Bislang haben wir die Bevölkerungsvorausrechnungen mit dem aktuellen Stand verglichen. Doch welche Annahmen bestimmen die Szenarien für die künftige Entwicklung? Deuten sich neue Trends bei den drei Einflussgrößen – Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Außenwanderung – an und wie könnten diese die künftige demographische Entwicklung und die damit einhergehenden Herausforderungen beeinflussen? Diesen Fragen gehen wir im zweiten Teil dieser Analyse nach.

2.1 Einflussfaktor Geburtenhäufigkeit

„Deutschland erlebt einen kleinen Babyboom“ titelte die Süddeutsche Zeitung am 30. Juni 2016.¹⁶ Der Autor berief sich dabei auf die damals veröffentlichten absoluten Geburtenzahlen des Statistischen Bundesamtes für 2015. Diese waren im vierten Jahr in Folge gestiegen. Im Jahr 2015 erblickten knapp 738.000 Kinder das Licht der Welt – vorläufigen Ergebnissen zufolge waren es im Jahr 2016 sogar 792.000 Kinder. Mehr Geburten gab es zuletzt im Jahr 1997.¹⁷ Wie sich dieser Anstieg erklären lässt, wird im Folgenden beschrieben.

Größere Familien in Ost und West

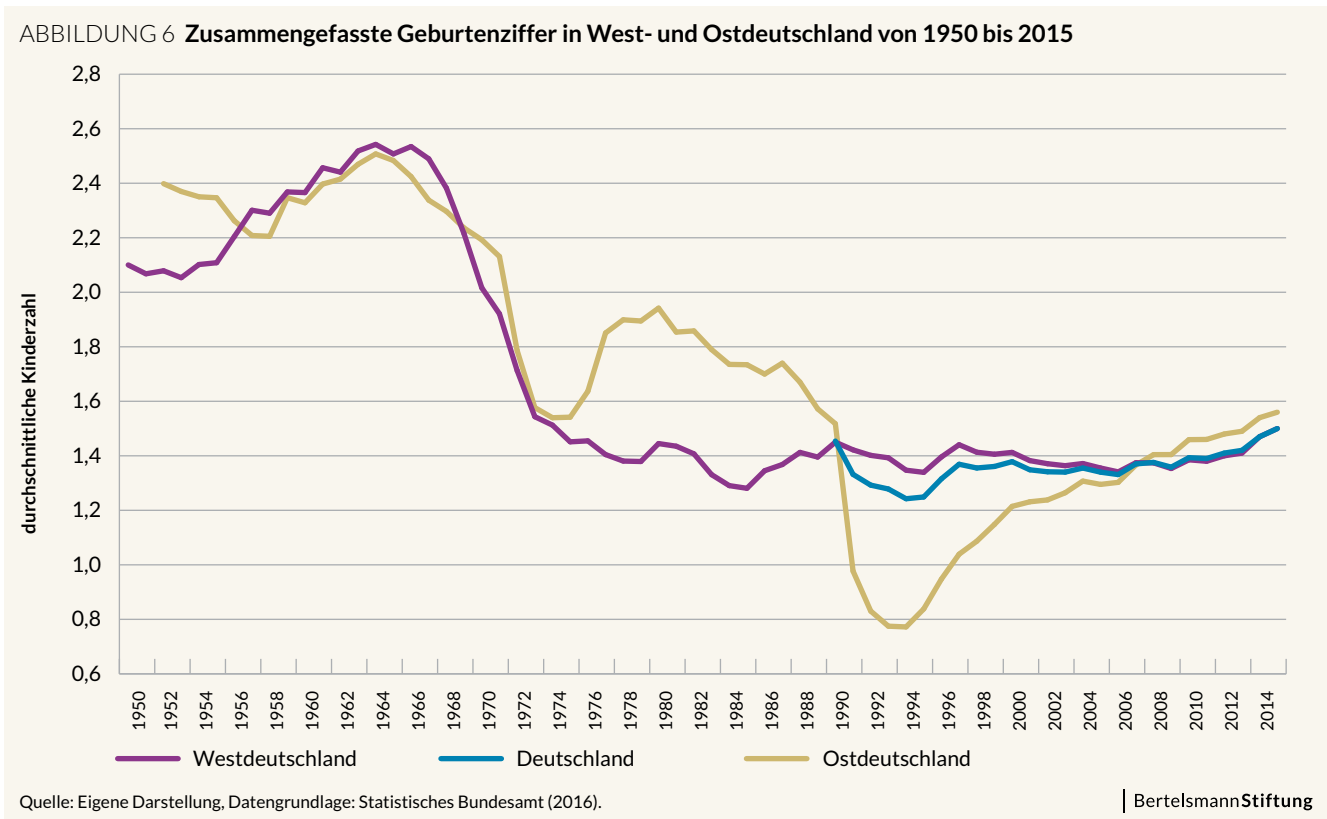
Anfang des Jahrtausends lag die zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland bei 1,38 Kindern (Vgl. Abb. 6). Zwischen den alten und den neuen Bundesländern klaffte zu diesem Zeitpunkt noch eine Lücke, die jedoch seit Mitte der 1990er-Jahre immer kleiner geworden ist. Im Osten bekamen die Frauen im Jahr 2000 im Durchschnitt 1,21 Kinder, im Westen 1,41 Kinder. In den folgenden Jahren stieg die Geburtenziffer im Osten weiter und erreichte im Jahr 2007 bei rund 1,37 Kindern je Frau das Westniveau. Zwar war der Aufholprozess des Ostens damit abgeschlossen, dem Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer bereitere dies allerdings kein Ende. Im Jahr 2015 berechneten die Statistiker für die fünf ostdeutschen Flächenländer einen Wert von 1,56 Kindern. Gleichzeitig kam seit langem auch wieder etwas mehr Bewegung in die Geburtenentwicklung im Westen. Hier stieg die Geburtenziffer bis 2015 auf einen Wert von 1,50 Kindern.¹⁸

¹⁶ Berndt, C. (2016). Deutschland erlebt einen kleinen Babyboom. Süddeutsche Zeitung, 30.06.16. URL: www.sueddeutsche.de/leben/geburtenzahlen-deutschland-erlebt-einen-kleinen-babyboom-1.3056948 (abgerufen am 25.08.17).

¹⁷ Statistisches Bundesamt (o. J.). Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html (abgerufen am 31.07.17).

¹⁸ Statistisches Bundesamt (o. J.). Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit der Mutter.

INFOKASTEN Geburtenziffer und Kohortenfertilität	
zusammengefasste Geburtenziffer/ Fertilitätsrate	<p>Einmal im Jahr veröffentlicht das Statistische Bundesamt die aktuelle Fertilitätsrate, die auch als zusammengefasste Geburtenziffer bekannt ist. Sie beschreibt das Gebärverhalten der Frauen in einem bestimmten Stichjahr und gibt an, wie viele Kinder die Frauen bekommen würden, wenn sie dieses Verhalten über ihre gesamte fertile Phase beibehalten würden. Bei der zusammengefassten Geburtenziffer handelt es sich somit um ein standardisiertes Maß, welches die Geburtenhäufigkeit aller Frauen beschreibt, die im betrachteten Jahr zwischen 15 und 49 Jahre alt waren. Die zusammengefasste Geburtenziffer ist dabei die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, die für jedes Altersjahr zwischen 15 und 49 Jahre berechnet wird. Dazu wird die Zahl der Geburten von Müttern eines bestimmten Jahrgangs in Relation zu der Gesamtzahl aller Frauen dieses Alters gesetzt.</p> <p>Die zusammengefasste Geburtenziffer bezieht sich immer auf 35 aufeinanderfolgende Jahrgänge von Frauen, die zur Zeit der Berechnung zwischen 15 und 49 Jahre alt waren. Daraus lässt sich nicht endgültig ableiten, wie viele Kinder ein bestimmter Jahrgang durchschnittlich im Lauf des Lebens bekommt. Dies lässt sich mit der Kohortenfertilität ermitteln.</p>
Kohortenfertilität	<p>Die Kohortenfertilität beschreibt die Zahl der Kinder, welche Frauen eines Jahrgangs tatsächlich im Laufe ihres Lebens bekommen haben. Die Kohortenfertilität lässt sich nur für Jahrgänge berechnen, die bereit das 50. Lebensjahr erreicht haben. Anders als bei der zusammengefassten Geburtenziffer werden nicht die 35 Jahrgänge eines Kalenderjahres betrachtet, sondern die zurückliegenden 35 Kalenderjahre eines Jahrgangs. Die Kohortenfertilität ergibt sich dabei aus der Summe aller zurückliegenden altersspezifischen Geburtenziffern, die ein bestimmter Jahrgang an Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahre erreicht hat.</p>



Während sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau nach dem sogenannten Pillenknick in den 1960er-Jahren im Westen bei rund 1,4 einpendelte, schwankte die ostdeutsche Geburtenziffer in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts deutlich. Nach der Wiedervereinigung erreichte sie in den Jahren 1993 und 1994 mit unter 0,8 Kindern je Frau einen absoluten Tiefstand. Seitdem erholen sich die Werte.

Die Gründe für den Anstieg bei der Geburtenziffer sind vielfältig. So lässt sich etwa der starke Einbruch in den 1990er-Jahren teilweise auf einen statistischen Effekt zurückführen. Denn ostdeutsche Frauen haben bis 1989 vergleichsweise früh ihr erstes Kind bekommen. Die meisten von ihnen hatten bereits im Alter von 22 Jahren eine Familie gegründet, im Alter von Mitte 20 dann häufig das zweite Kind bekommen und in der Regel mit 30 Jahren die gewünschte Kinderzahl bereits erreicht. Zu Beginn der 1990er-Jahre stieg dann das Alter bei der Geburt des ersten Kindes schnell an. Junge, noch kinderlose, ostdeutsche Frauen schoben – ähnlich wie ihre westdeutschen Altersgenossinnen bereits in den Jahrzehnten zuvor – ihre Familiengründung in ein höheres Alter. Gleichzeitig hatten zu diesem Zeitpunkt die über 30-jährigen Frauen ihre Familienplanung bereits abgeschlossen. In Summe hat dies zu dem drastischen Einbruch bei den absoluten Kinderzahlen geführt und die zusammengefasste Geburtenziffer zwischenzeitlich unter einen Wert von 1 fallen lassen – ein durch das plötzlich veränderte Geburtenverhalten stark verzerrter Wert. Auch in den westlichen Bundesländern zeigt sich dieser Effekt in abgeschwächter Form.¹⁹ Indem diese Jahrgänge nun in ein höheres Alter gekommen sind und die Geburten später „nachholen“, nähert sich die zusammengefasste Geburtenziffer der tatsächlichen Kinderzahl pro Frau an.

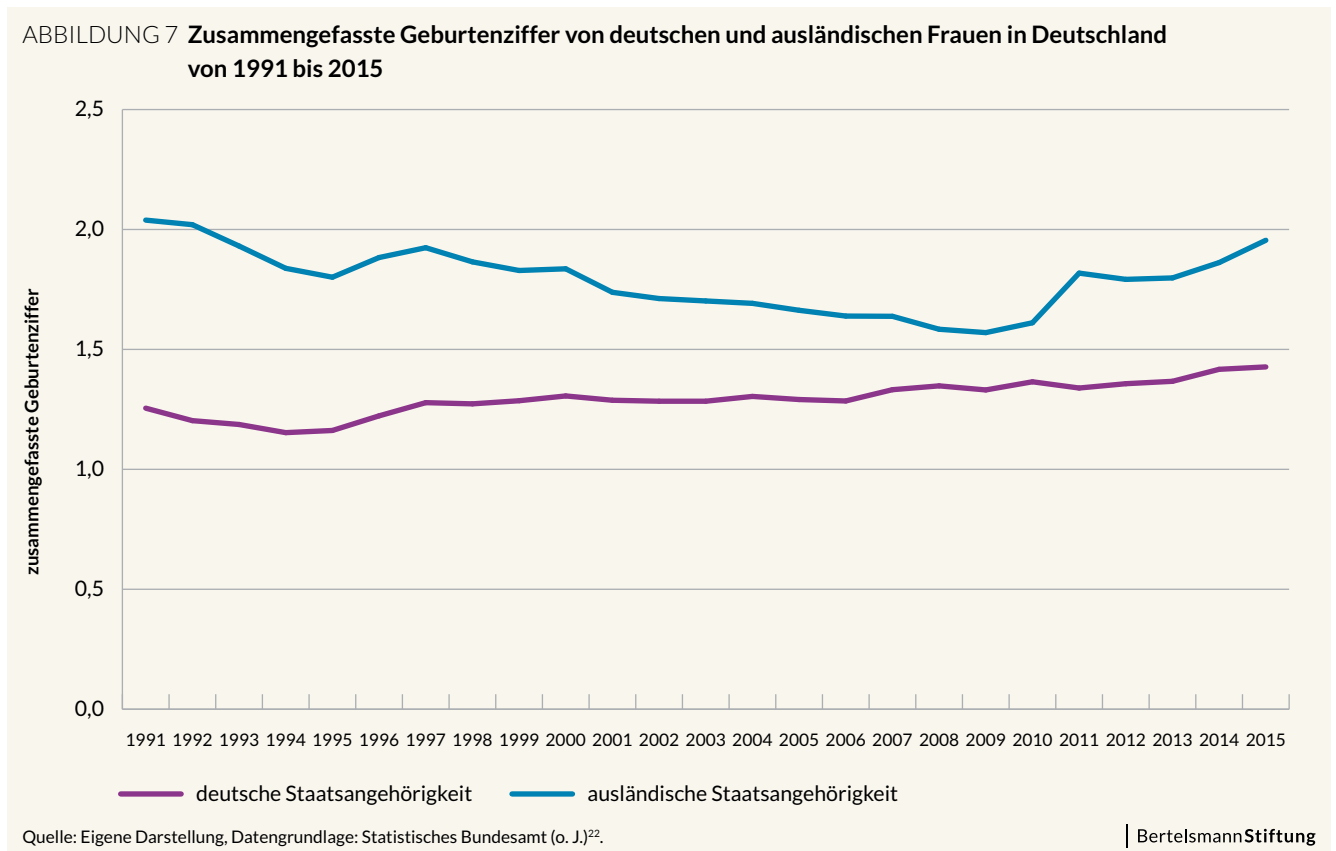
Zuwanderung erhöht Geburtenziffer

Ein weiterer Grund für die steigende Geburtenziffer liegt in der hohen Zuwanderung der letzten fünf Jahre – und deren veränderten Zusammensetzung. Denn seit 2011 sind viele Frauen aus Ländern nach Deutschland gekommen, in denen die Familien noch vergleichsweise groß sind.²⁰ Dies führte zu einer Trendwende in der Entwicklung der Geburtenziffer ausländischer Frauen. Diese war von einem Wert von über 2 Kindern pro Frau im Jahr 1991 auf 1,57 Kinder im Jahr 2009 abgesunken (Vgl. Abb. 7) und näherte sich damit immer weiter dem Niveau der Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit an – zumindest laut amtlicher Statistik. Denn ob die Zahlen auch die tatsächliche Entwicklung widerspiegeln, ist zu bezweifeln: In den offiziellen Zahlen wurden auch Frauen geführt, die Deutschland bereits wieder verlassen hatten. Dieser Fehler wurde erst durch den Zensus 2011 bereinigt. Die Zahl der Neugeborenen wurde damit einer zu hohen Zahl an ausländischen Frauen gegenübergestellt, was zu geringeren zusammengefassten Geburtenziffern führte. Die Annäherung der zusammengefassten Geburtenziffern deutscher und ausländischer Frauen dürfte damit zumindest teilweise Folge einer fehlerhaften Statistik sein. Im Jahr 2015 lag die zusammengefasste Geburtenziffer ausländischer Frauen aufgrund der statistischen Bereinigung und der Zuwanderung wieder annähernd bei 2 Kindern. Der Abstand zu deutschen Frauen hat sich seit 2009 damit mehr als verdoppelt, entspricht aber eher der Realität als damals.²¹

19 Kreyenfeld, M. und Konietzka, D. (2004). Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. Rostock.

20 Statistisches Bundesamt (2017c). Zahl der Neugeborenen nähert sich Niveau der Jahrtausendwende. Wiesbaden. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Bevoelkerung/GeburtenanstiegUrsachen.html> (abgerufen am 25.08.17).

21 Statistisches Bundesamt (o. J.). Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit der Mutter.



Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit brachten im Jahr 1991 im Durchschnitt über 2 Kinder zur Welt – deutsche Frauen nur 1,26. In den folgenden Jahren glich sich die Geburtenziffer ausländischer Frauen immer mehr jener der deutschen an. Dies dürfte jedoch teilweise Folge einer fehlerhaften Statistik sein, die erst durch den Zensus 2011 korrigiert wurde.

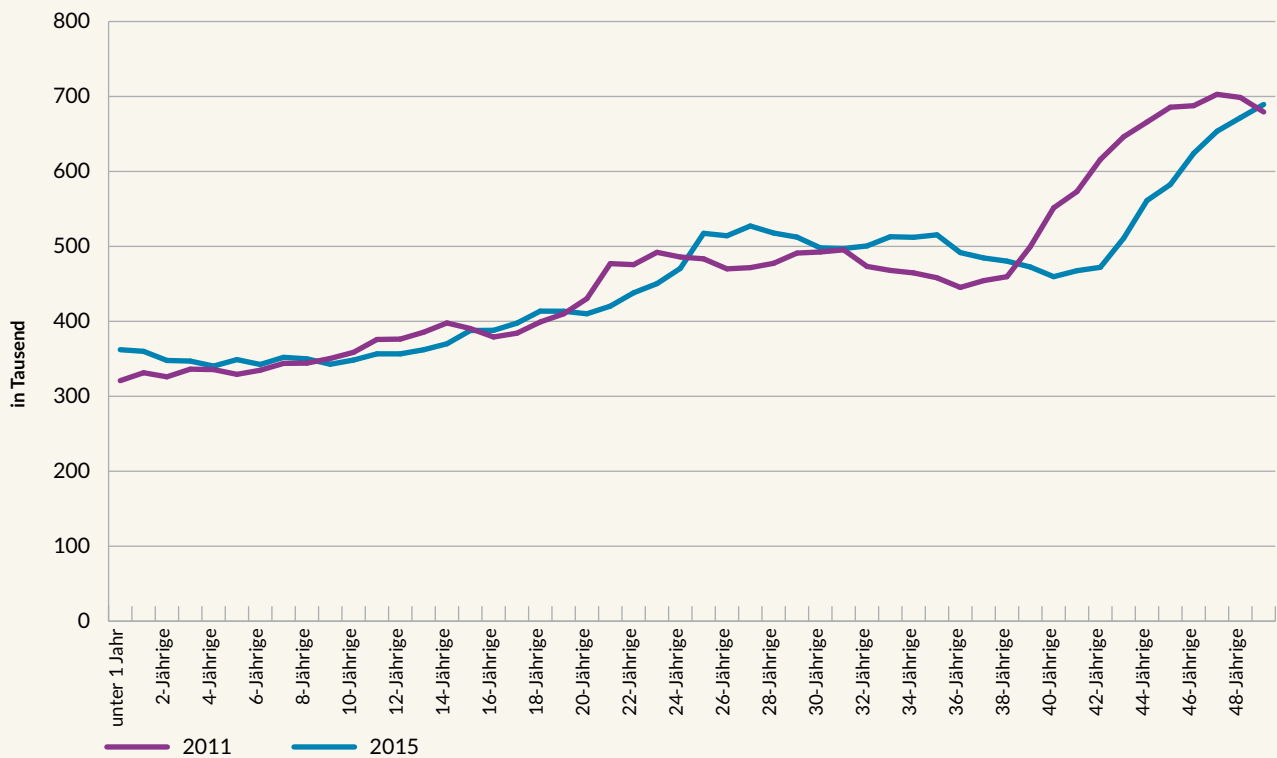
Mehr Frauen im Familiengründungsalter

Zu der insgesamt steigenden Zahl der Geburten hat nicht nur beigetragen, dass Frauen im Durchschnitt seit einigen Jahren wieder mehr Kinder bekommen, sondern auch, dass die Zahl der potenziellen Mütter seit 2011 gestiegen ist. Dies liegt zum einen daran, dass geburtenstärkere Jahrgänge ins Familiengründungsalter hineingewachsen sind. Dabei handelt es sich um die Kinder der Babyboomer, die nun deren Enkel bekommen. Schon die Nachkommen der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre hatten ein „demographisches Echo“ erzeugt, das sich bei den Enkeln in abgeschwächter Form wiederholt. Zum anderen sind seit 2011 auch viele Frauen im Familiengründungsalter nach Deutschland zugewandert. Unterm Strich hat sich im Vergleich zu 2011 die Zahl der Frauen im Alter zwischen 25 und 39 Jahre, also im wichtigsten Alter der Mutterschaft, bis 2015 um rund 450.000 erhöht (Vgl. Abb. 8).²³

²² Statistisches Bundesamt (o. J.). Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit der Mutter.

²³ Statistisches Bundesamt (2017a).

ABBILDUNG 8 Anzahl der weiblichen Bevölkerung nach Alter in den Jahren 2011 und 2015



Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2017a).

BertelsmannStiftung

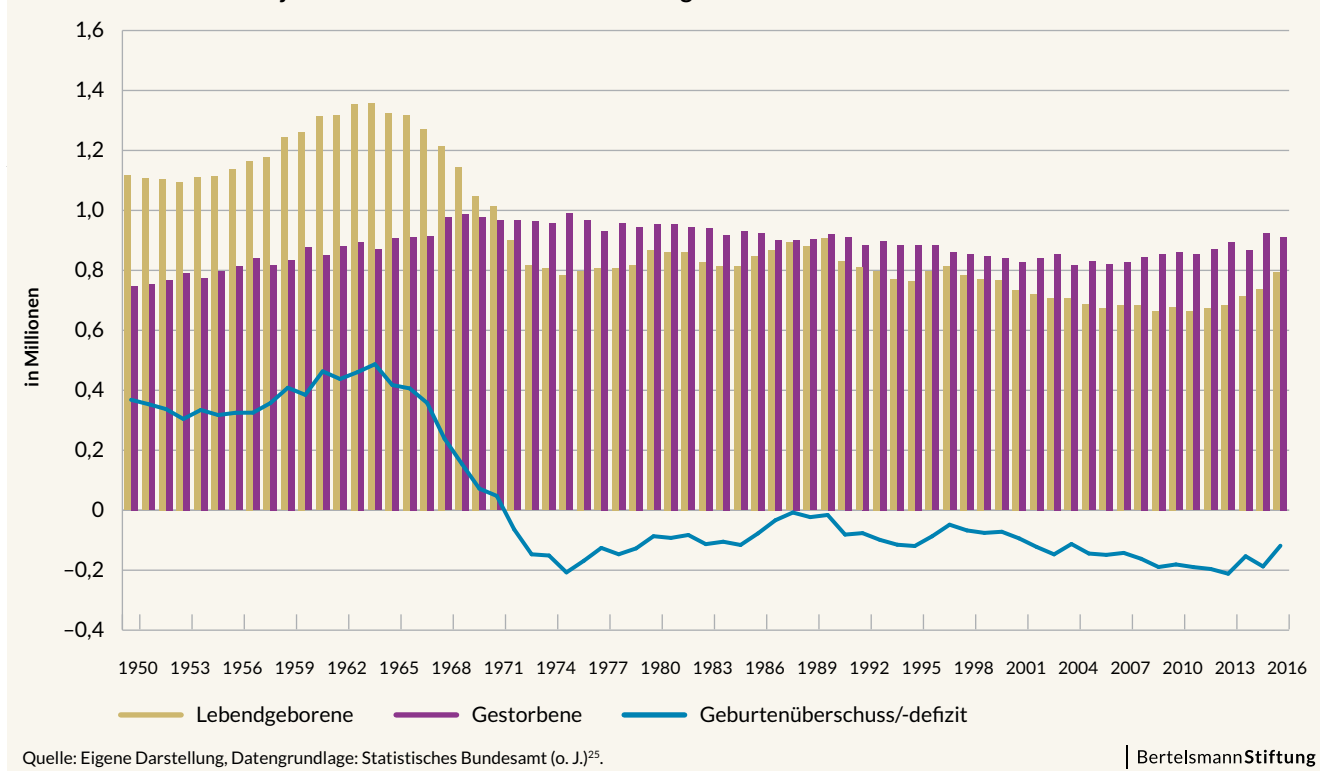
Zwischen 2011 und 2015 ist die Zahl der Frauen im Alter zwischen 25 und 39 Jahre um etwa 450.000 gestiegen. Allerdings dürfte der Anstieg nur von kurzer Dauer sein, denn die folgenden Jahrgänge sind bereits wieder schwächer besetzt.

Zukünftig weniger potenzielle Eltern

Ein weiterer Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer in Richtung 1,6 Kinder pro Frau ist nicht auszuschließen. Doch trotz eines solchen Anstiegs läge die Geburtenziffer weiterhin deutlich unter dem Wert von 2,1 Kindern, bei dem eine Bevölkerung ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt. Hinzu kommt, dass die Zahl der potenziellen Eltern in den nächsten Jahren wieder rückläufig sein dürfte. Dies zeigt bereits ein kleines Rechenbeispiel: Ende 2015 lebten in Deutschland rund 7,6 Millionen Frauen im Alter zwischen 25 und 39 Jahre. Die ihnen folgenden Jahrgänge der 10- bis 24-Jährigen waren im Vergleich mit 6,0 Millionen Frauen deutlich schwächer besetzt. Dies dürfte dazu führen, dass trotz leicht steigender Kinderzahlen pro Frau langfristig immer weniger Kinder geboren werden.²⁴ Damit würde sich der in Deutschland seit 1972 vorherrschende Sterbeüberschuss weiter ausweiten, da zusätzlich zur sinkenden Zahl potenzieller Eltern geburtenstarke Jahrgänge in ein Alter mit höherer Sterbewahrscheinlichkeit vorrücken (Vgl. Abb. 9).

²⁴ Statistisches Bundesamt (2017a).

ABBILDUNG 9 Zahl der jährlichen Sterbefälle und der Lebendgeborenen in Deutschland von 1950 bis 2016



Ohne Zuwanderung wäre die deutsche Bevölkerung seit 1972 Jahr für Jahr geschrumpft. Denn seit nunmehr vier Jahrzehnten werden weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Dieses Geburtendefizit hat sich trotz steigender Geburtenziffer kaum verringert.

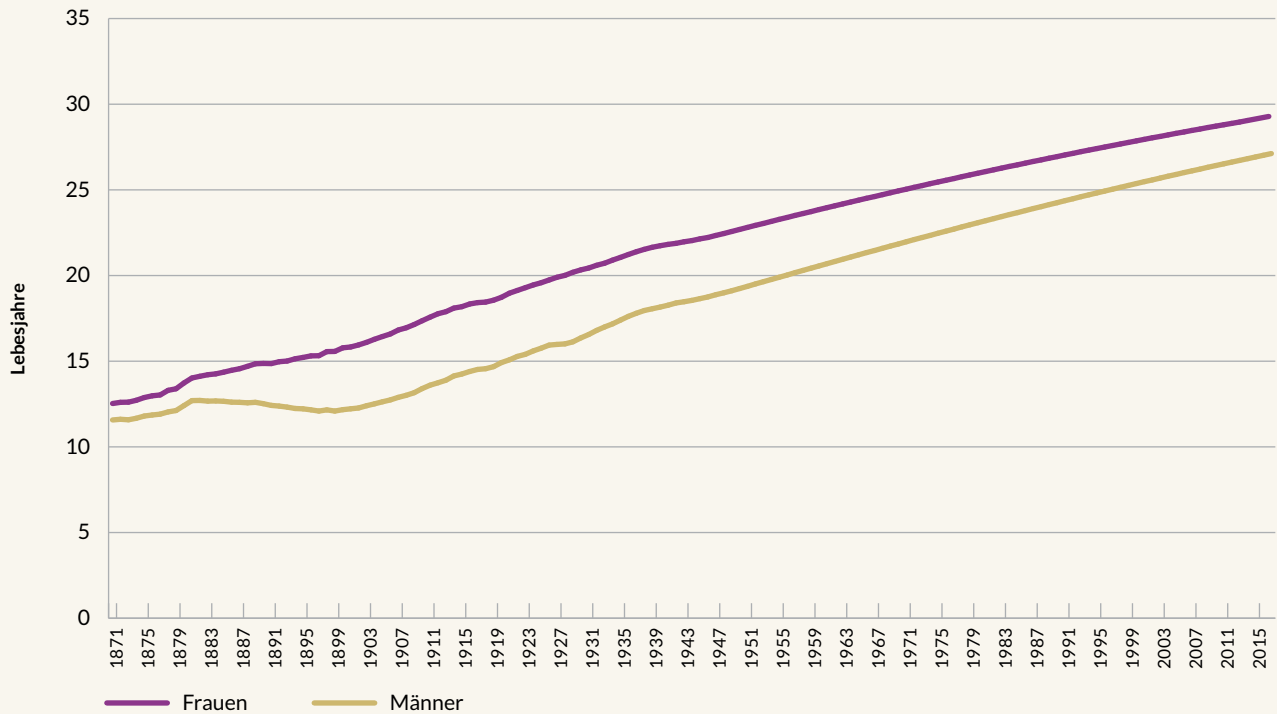
2.2 Einflussfaktor Lebenserwartung

Medizinischer Fortschritt, eine bessere Hygiene, gesündere Lebensstile und steigender Wohlstand haben den Menschen in den letzten 100 Jahren ein immer längeres Leben beschert. Setzt sich dieser Trend fort, hat ein Junge, der heute das Licht der Welt erblickt, große Chancen, 90 Jahre zu werden, bei Mädchen sind es sogar drei Jahre mehr. Vor 100 Jahren hätten sie mit 55 beziehungsweise 62 Jahren eine deutlich geringere durchschnittliche Lebenserwartung gehabt (Vgl. Abb. 10). Von den im Jahr 1917 geborenen Männern haben nur rund 54 Prozent das 65. Lebensjahr erreicht, bei den Frauen waren es rund 65 Prozent. Heute sind die Aussichten, alt zu werden, deutlich besser. Rund 95 Prozent der heute geborenen Jungen und etwa 97 Prozent der Mädchen dürften mindestens 65 Jahre alt werden. Den 90. Geburtstag könnten von ihnen noch rund 62 Prozent der Männer und 73 Prozent der Frauen erleben.²⁶

²⁵ Statistisches Bundesamt (o. J.). Lebendgeborene: Deutschland, Jahre, Geschlecht. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12612-0001. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 22.08.17); Statistisches Bundesamt (o. J.). Gestorbene: Deutschland, Jahre, Geschlecht. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12613-0002. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 22.08.17).

²⁶ Statistisches Bundesamt (2017d). Neugeborene haben hohe Chancen älter als 90 Jahre zu werden. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/06/PD17_212_12621.html (abgerufen am 23.08.17).

ABBILDUNG 10 Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren nach dem kurzfristigen Sterblichkeitstrend seit 1971 (Variante 2) für die Geburtsjahrgänge 1871 bis 2017



Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2017e).

BertelsmannStiftung

Den 1871 geborenen Männern und Frauen blieben im Alter von 65 Jahren im Durchschnitt noch rund 12 Lebensjahre. Heute können männliche Neugeborene nach ihrem 65. Geburtstag im Durchschnitt auf weitere 27 Jahre hoffen, ihre weiblichen Altersgenossen sogar auf über 29 Jahre.

In Zukunft könnte sich der Anstieg der Lebenserwartung jedoch auch verlangsamen, denn ein treibender Faktor der Vergangenheit fällt künftig nahezu aus. Der hohe Rückgang bei der Kinder- und Jugendsterblichkeit ließ in der Vergangenheit die Lebenserwartung schnell steigen.²⁷ Weitere Verbesserungen sind hier jedoch kaum noch möglich. Selbst wenn das Sterberisiko der unter 30-Jährigen auf null sänke, würde sich die Lebenserwartung nicht einmal mehr um ein Jahr erhöhen.²⁸ Ein weiterer ungebremster Anstieg der Lebenserwartung lässt sich also fast nur noch durch eine sinkende Sterblichkeit der über 65-Jährigen erreichen. Ob diese künftig stark genug zurückgehen wird, um einen weiteren linearen Anstieg der Lebenserwartung zu bewirken, ist umstritten. Einige Wissenschaftler halten es für möglich, dass die Lebenserwartung auch künftig im gleichen Tempo zunimmt. Zu den bekanntesten Verfechtern dieser These gehört der ehemalige Direktor am Max-Planck-Institut für demographische Forschung in Rostock, James W. Vaupel. Seiner Meinung nach zeigt sich bislang nicht, dass ab einem bestimmten Alter ein Limit erreicht ist. Ihm widersprechen andere Wissenschaftler, die eine natürliche Grenze sehen.²⁹ So sei der menschliche Körper nicht dafür gemacht, mehr als etwa 130 Jahre zu leben.³⁰

27 Vaupel, J. W. und Schwentker, B. (2011). Eine neue Kultur des Wandels – Essay. URL: www.bpb.de/apuz/33439/eine-neue-kultur-des-wandels-essay?p=all (abgerufen am 06.07.17).

28 Pöttsch, O. (2016).

29 Oeppen, J. und Vaupel, J. W. (2002). Broken Limits to Life Expectancy. In: Science, Vol. 296, S. 1029–1031.

30 Sütterlin, S. (2017). Hohes Alter, aber nicht für alle. Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt. (Originalausgabe), Berlin-Institut für Bevölkerung u. Entwicklung. Berlin.

Wie stark die Lebenserwartung künftig weiter steigt, wird im Wesentlichen davon abhängen, wie sich diese in den einzelnen gesellschaftlichen Schichten entwickelt. Bislang leben Frauen und Männer mit höherem sozioökonomischem Status in Deutschland länger als Vergleichsgruppen mit mittlerem oder niedrigerem Status. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Bildung, die einen starken Einfluss auf das Gesundheitsbewusstsein hat. Menschen aus niedrigeren Statusgruppen rauchen öfter, treiben seltener Sport und leiden häufiger an Adipositas. Sollte sich die Schere zwischen den sozioökonomischen Gruppen bei der Lebenserwartung weiter öffnen, würde dies einem weiteren Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung entgegenwirken. Hingegen könnte mehr Chancengleichheit etwa bei der Bildung nicht nur die Arbeits- und Einkommenssituation verbessern, sondern auch individuelle Verhaltensweisen positiv beeinflussen und damit die Lebenserwartung erhöhen.³¹

Bedeutet ein längeres Leben auch mehr gesunde Lebensjahre?

Die Alterung der Bevölkerung führt zu steigenden Gesundheits- und Pflegekosten. Denn mit dem Alter wächst das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, chronische Lungenerkrankungen, Diabetes und Demenz. Zudem dürfte die Zahl der Pflegebedürftigen künftig stark steigen. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung könnte es im Jahr 2030 voraussichtlich 3,5 Millionen pflegebedürftige Menschen geben – im Vergleich zu 2013 entspräche dies einem Anstieg von 35 Prozent.³²

Wie stark die Kosten künftig insgesamt steigen, hängt allerdings auch davon ab, in welchem Gesundheitszustand die Menschen die hinzugewonnenen Jahre verbringen. Sind es vor allem gesunde Lebensjahre, die hinzukommen, oder ist die zusätzliche Lebenszeit mit einem Anstieg der Jahre mit schlechtem Gesundheitszustand verbunden? Auf diese Frage gibt es mit der Expansions- und der Kompressionsthese zwei gegensätzliche Antworten:

Nach der Expansionsthese führt die steigende Lebenserwartung bei älteren Menschen in erster Linie zu mehr Krankheitsjahren: Infektionen und selbst chronische Leiden können besser behandelt werden, sodass die Betroffenen trotz Krankheiten länger leben. Sollte sich diese These bestätigen, dürfte angesichts der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung die Zahl der chronisch Kranken und Multimorbiden zunehmen und zu steigenden Kosten im Gesundheitssystem führen. Im Widerspruch dazu steht die Kompressionsthese, die postuliert, dass sich die für das Alter typischen Erkrankungen weiterhin auf die letzten Lebensjahre konzentrieren. Es wären demnach vor allem gesunde Lebensjahre, die hinzukommen.³³

Einige Studien deuten darauf hin, dass sowohl Kompression als auch Expansion möglich sind. Demnach trifft die Kompressionsthese auf Bevölkerungsgruppen zu, die besser verdienen und ausgebildet sind, während sich für jene mit geringerem Einkommen und Bildung die Expansionsthese zu bewahrheiten scheint. Letztere sterben damit nicht nur früher als Angehörige oberer Schichten, sie erkranken auch noch früher.³⁴

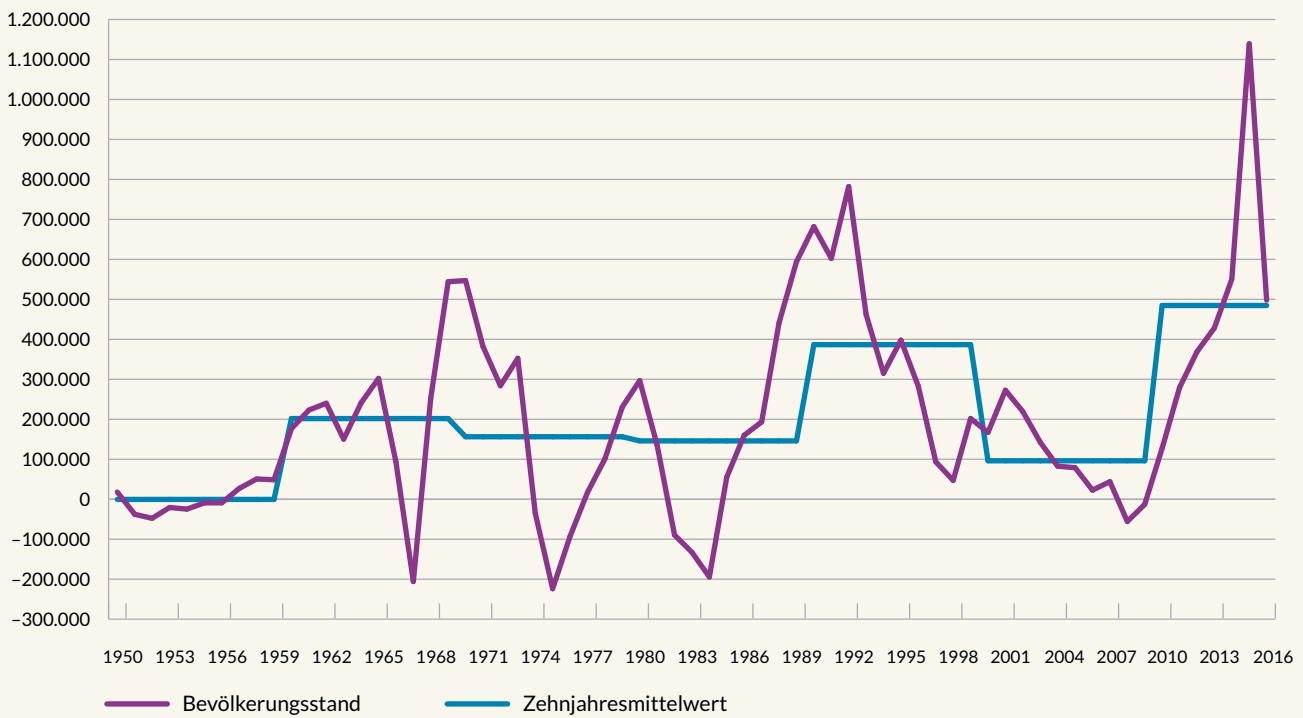
31 Sütterlin, S. (2017).

32 Fiedler, C. (2015). Rund ein Drittel mehr Pflegebedürftige bis 2030. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. URL: www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Grafik_des_Monats/2015_06_pflegebeduerftige.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen am 25.08.17).

33 Sütterlin, S. (2017).

34 Sütterlin, S. (2017).

ABBILDUNG 11 Wanderungssaldo zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland von 1950 bis 2016



Quelle: Eigene Darstellung, Datengrundlage: Statistisches Bundesamt (2017b).

BertelsmannStiftung

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs hat es mehrere Wanderungswellen nach Deutschland gegeben. Die erste große Gruppe stellten die sogenannten Gastarbeiter der 1960er- und 1970er-Jahre, ab Mitte der 1980er-Jahre nahm dann die Zuwanderung von (Spät-)Aussiedlern und später von Flüchtlingen aus dem zerfallenden Jugoslawien zu. In den vergangenen Jahren sind die Zuwanderungszahlen erneut angestiegen – hauptsächlich bedingt durch die EU-Osterweiterungen, die Wirtschaftskrise in Südeuropa und die wachsenden Flüchtlingsströme.

2.3 Einflussfaktor Zuwanderung

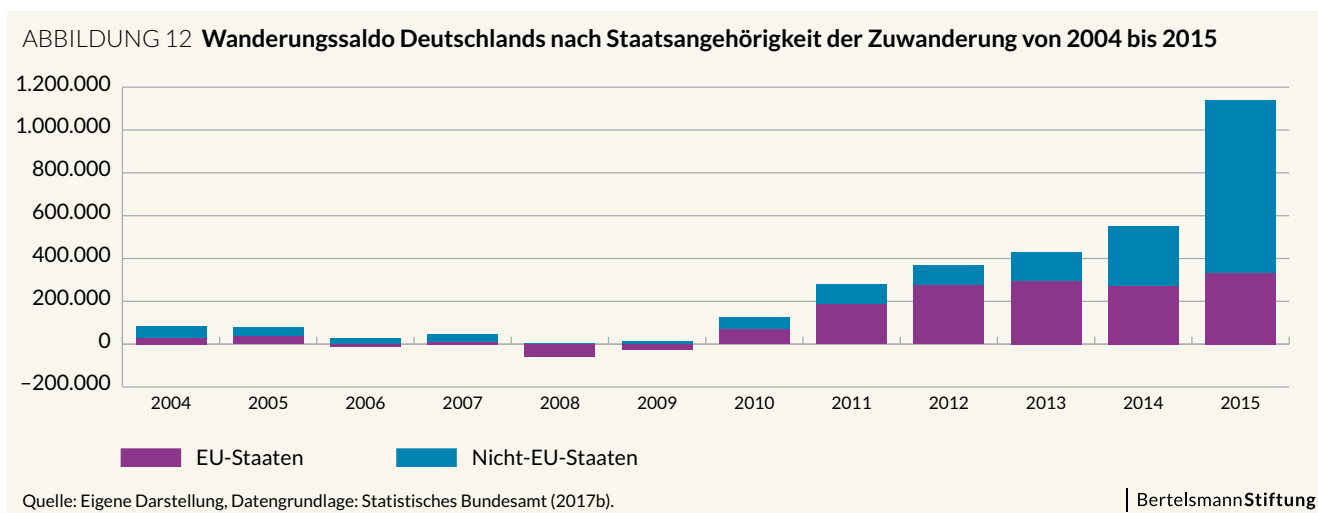
Im Unterschied zu den beiden anderen Einflussfaktoren lässt sich vom aktuellen Wanderungsgeschehen kaum auf die künftige Entwicklung schließen. Denn Ausschläge nach unten wie nach oben waren in der Vergangenheit stets von kurzer Dauer. Aktuelle Entwicklungen sind damit als Blaupause für die Zukunft ungeeignet.³⁵ Dies verdeutlicht eindrucksvoll ein Blick in die Wanderungsgeschichte seit der Wiedervereinigung.

Neuer Zuwanderungsboom

Wie viele Menschen nach Deutschland zu- oder von Deutschland wegziehen, hat sich in den letzten Jahrzehnten als sehr volatil erwiesen. Während in den 1990er-Jahren im Saldo durchschnittlich fast 400.000 Personen pro Jahr nach Deutschland zuwanderten, waren es ein Jahrzehnt später nicht einmal mehr 100.000 pro Jahr. In den Jahren 2008 und 2009 verzeichnete Deutschland in der Folge der Finanzkrise unterm Strich sogar eine leichte Abwanderung (Vgl. Abb. 11). Seitdem sind die Zuwanderungszahlen jedoch schnell gestiegen.³⁶ Im

³⁵ Pöttsch, O. (2016).

³⁶ Statistisches Bundesamt (2017b).



Seit Anfang des laufenden Jahrzehnts steigen die Zuwanderungszahlen rapide an. Im Jahr 2015 verzeichneten die Statistiker einen Überschuss von mehr als einer Million Personen. Während zunächst vor allem EU-Bürger aus Polen, Rumänien und Bulgarien sowie aus Südeuropa nach Deutschland kamen, waren es in den letzten Jahren vorrangig Schutzsuchende aus Drittstaaten.

Jahr 2015 lag der Wanderungsüberschuss mit rund 1,14 Millionen Personen so hoch wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.³⁷

Der neuerliche Anstieg der Zuwanderung seit 2010 ging zunächst auf einen verstärkten Zuzug von Menschen aus anderen EU-Staaten zurück. Vor allem aus Polen kamen viele Menschen nach Deutschland. In den Jahren 2011, 2012 und 2013 stand das Land an der Spitze der Staaten, aus denen im Saldo die meisten Menschen zuwanderten – im Durchschnitt rund 70.000 Personen pro Jahr. Im Jahr 2014 fiel Polen dann hinter Rumänien zurück. Mit einem Wanderungssaldo von rund 93.000 Personen stellten erstmals rumänische Staatsangehörige die größte Gruppe unter den Zuwanderern. Im Jahr 2015 stieg deren Wanderungssaldo dann weiter auf über 100.000 Personen an. Unter den 28 EU-Ländern ist Rumänien damit das Land, aus dem die meisten Zuwanderer nach Deutschland kommen.³⁸

Seit 2014 ziehen im Saldo mehr Menschen von außerhalb der EU nach Deutschland als aus anderen EU-Mitgliedsstaaten (Vgl. Abb. 12). Besonders deutlich ist die Zahl der syrischen Zuwanderer gestiegen. Waren im Jahr 2012 im Saldo gerade einmal rund 8.000 Personen aus dem Bürgerkriegsland nach Deutschland gekommen, stieg dieser Wert bis 2015 auf über 325.000 Zuzügler. Ebenfalls stark ist zuletzt auch die Zahl der Zuzügler aus Afghanistan und dem Irak angewachsen – von rund 18.000 Personen im Jahr 2014 auf über 170.000 Personen im Jahr 2015.³⁹ Insgesamt kletterte der Wanderungssaldo mit sogenannten Drittstaaten im Jahr 2015 auf über 800.000 Personen und machte damit über 70 Prozent des deutschen Gesamtwanderungssaldos aus.⁴⁰

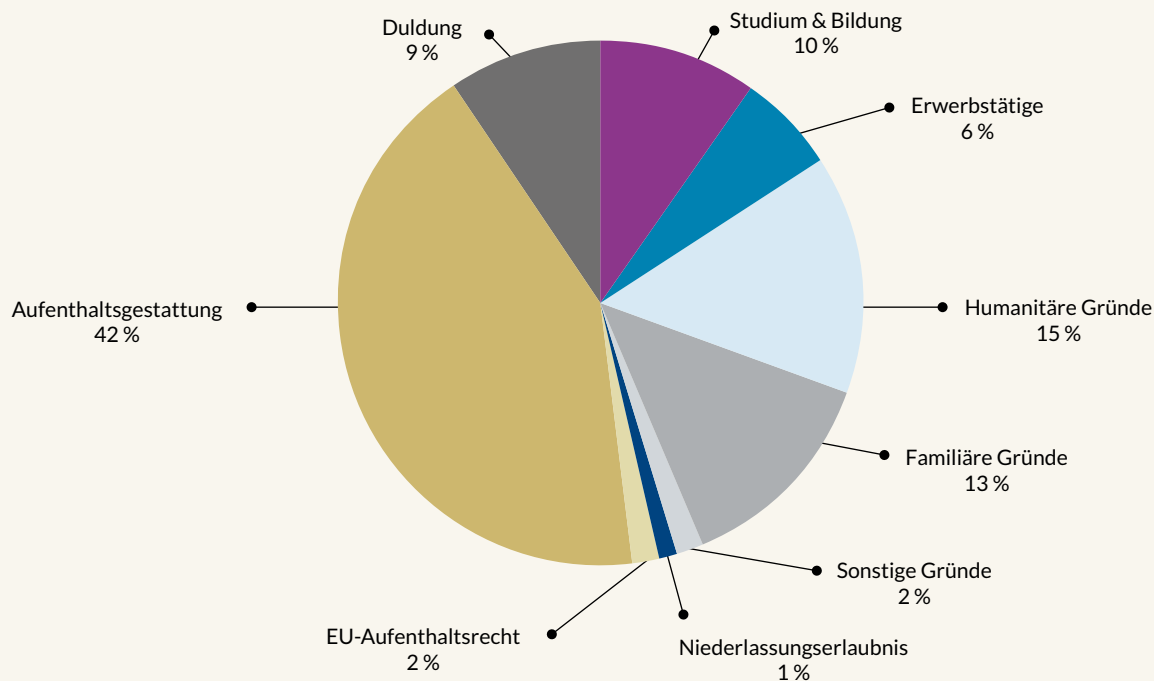
37 Statistisches Bundesamt (2016). 2015: Höchststände bei Zuwanderung und Wanderungsüberschuss in Deutschland. Pressemitteilung vom 14. Juli 2016 – 246/16. Wiesbaden.

38 BAMF (2011). Das Bundesamt in Zahlen 2010. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg; BAMF (2012). Das Bundesamt in Zahlen 2011. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg; BAMF (2013). Bundesamt in Zahlen 2012. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg; BAMF (2014). Das Bundesamt in Zahlen 2013. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg; BAMF (2015). Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg; BAMF (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.

39 BAMF (2013; 2016).

40 Statistisches Bundesamt (2017b).

ABBILDUNG 13 Bekannte Aufenthaltsgründe von 630.783 Drittstaatsangehörigen im Jahr 2015



Quelle: BAMF (2016).

BertelsmannStiftung

Im Jahr 2015 waren 66 Prozent der Drittstaatsangehörigen mit bekanntem Aufenthaltsgrund (Aufenthaltsgestattung, humanitäre Gründe, Duldung) Schutzsuchende.

Motive der Zuwanderung

Die Gründe, warum die Menschen nach Deutschland kommen, sind vielfältig und unterscheiden sich je nach Herkunftsgruppe. Bei den Wanderungen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten dürften es in den meisten Fällen ökonomische Überlegungen sein, welche die Menschen nach Deutschland ziehen. Dies zeigt sich eindrucksvoll an dem stark gestiegenen Zustrom von Menschen aus osteuropäischen Ländern nach Auslaufen der siebenjährigen Übergangsfristen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit. Seit 2011 gilt die Beschränkung der generellen Freizügigkeit für Deutschland nicht mehr für die Bürger aus Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen. Im Jahr 2014 folgten dann die beiden Balkanstaaten Bulgarien und Rumänien.⁴¹ Ausgestattet mit dem neuen Grundrecht strömen seitdem viele Menschen aus dem Osten Europas nach Deutschland.⁴² Auf die Motive der Menschen, die von außerhalb der EU nach Deutschland kommen, liefert der beantragte Aufenthaltstitel einen Hinweis. Grob lassen sie sich in vier Gruppen unterteilen: erstens familiäre Motive, zweitens Bildung, drittens Erwerbstätigkeit sowie viertens Schutzsuche.

Im Jahr 2015 wies das Ausländerzentralregister (AZR) insgesamt knapp 1,13 Millionen Zuzüge von Personen aus Nicht-EU-Staaten aus. Für etwa 630.000 von ihnen liegen

41 Hartmann, M. (2016). Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik, Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration.

42 Sievert, S. (2016). Internationale Arbeitskräfte einstellen. Der rechtliche Rahmen und die Spielräume der Arbeitgeber. Berlin.

Informationen über den Aufenthaltsstatus vor (vgl. Abbildung 13). Für die übrigen ca. 500.000 Zuwanderer können die Aufenthaltsgründe nicht ermittelt werden. Das liegt unter anderem daran, dass sie sich erst in der Antragsphase für einen Aufenthaltstitel befinden.

Die Mehrheit der im Jahr 2015 Zugezogenen aus Drittstaaten mit bekanntem Aufenthaltsstatus befand sich auf der Flucht (insgesamt 419.000 Personen): Etwa 93.000 erhielten eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen und weitere 268.000 eine Aufenthaltsgestattung. Letzteres bedeutet, dass die Personen einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde. Weitere 58.000 Personen waren im Besitz einer Duldung, hatten also einen negativen Asylbescheid bekommen, wurden aber dennoch aus unterschiedlichen Gründen nicht abgeschoben. Allerdings dürfte es sich beim Jahr 2015 um ein Ausnahmejahr gehandelt haben. Dies verdeutlicht ein Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 2010. Von den damals insgesamt rund 190.000 Zuzüglern aus Drittstaaten mit bekanntem Aufenthaltsstatus kam knapp ein Viertel als Schutzsuchende nach Deutschland.⁴³

Auch bei den übrigen Gruppen der Zuzügler aus Drittstaaten stiegen die Zahlen seit 2010 an, jedoch in einem deutlich geringeren Ausmaß. So zogen im Jahr 2015 aus familiären Gründen rund 82.000 Personen nach Deutschland – im Jahr 2010 waren es noch 55.000 Personen. Mit etwa 62.000 Personen kamen im Jahr 2015 rund 15.000 Bildungszuwanderer mehr nach Deutschland als im Jahr 2010. Nur rund 39.000 Personen kamen im Jahr 2015 aufgrund einer Erwerbstätigkeit nach Deutschland. Im Vergleich zu 2010 entsprach dies allerdings einem Anstieg von 10.000 Personen.⁴⁴

Wie sich die Zuwanderungszahlen in den nächsten Jahren entwickeln, lässt sich nur schwer abschätzen. Zum einen ist das Wanderungspotenzial aus den anderen europäischen Ländern begrenzt, denn auch sie erleben eine vergleichbare demographische Entwicklung. Gleichzeitig könnte jedoch die Zahl der Zuwanderer, insbesondere der Schutzsuchenden aus anderen Teilen der Welt, hoch bleiben – insbesondere dann, wenn die Konflikte in der MENA-Region oder in Subsahara-Afrika bestehen bleiben oder sogar zunehmen. Das Migrationspotenzial aus diesen Regionen dürfte auch aufgrund des anhaltend starken Bevölkerungswachstums weiter zunehmen. Wie viele Menschen nach Europa und Deutschland kommen, hängt letztlich auch davon ab, wie stark sich der Kontinent gegen diese Wanderungsbewegungen abschottet. Zudem stellt sich die Frage, wie viele Menschen über andere Wanderungskanäle etwa für ein Studium oder zum Arbeiten nach Deutschland kommen.

Die in Abbildung 13 dargestellten Zahlen zum Aufenthaltsstatus verdeutlichen, dass die gestiegene Zuwanderung vor allem auf den verstärkten Zuzug von Schutzsuchenden zurückgeht. Die Gruppe der Bildungswanderer oder jener, die wegen einer Erwerbstätigkeit nach Deutschland gekommen sind, ist weniger stark angewachsen. Damit sind absolut und anteilig mehr Menschen nach Deutschland gekommen, die nicht gezielt für den Arbeitsmarkt angeworben wurden, sondern die vor Krieg oder Verfolgung in ihren Herkunftsländern geflohen sind. Dies dürfte künftig mehr Integrationsanstrengungen erfordern.

43 BAMF (2011).

44 BAMF (2011, 2016).

2.4 Zwischenfazit zu den Trends bei den drei Einflussfaktoren Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Zuwanderung

Deutschland ist zurzeit kinderreicher als vor Jahren zu erwarten war. Allerdings reichen die 1,5 Kinder, die aktuell pro Frau geboren werden, bei Weitem nicht aus, um die Bevölkerungszahl ohne Zuwanderung langfristig stabil zu halten. Zu berücksichtigen ist, dass der aktuell zu beobachtende Anstieg der absoluten Geburtenzahlen auch zurückzuführen ist auf die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die heute deren Enkel bekommen. Dieser Echoeffekt wird jedoch bald verschwinden – d. h., der Rückgang der Zahl potenzieller Eltern und damit auch der Zahl der Neugeborenen ist bereits absehbar.

Während die durchschnittliche Lebenserwartung aktuell bei rd. 80 Jahren liegt, wird bis zum Jahr 2050 ein Anstieg auf rd. 85 Jahre prognostiziert. Ob sich der Trend zu einer steigenden Lebenserwartung ungebrochen fortsetzt, wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Stärker ins Blickfeld gerät, wie unterschiedlich sich die Lebenserwartung in einzelnen gesellschaftlichen Schichten entwickelt. Frauen und Männer mit höherem sozio-ökonomischem Status in Deutschland leben länger als Vergleichsgruppen mit mittlerem oder niedrigerem Status. Eine entscheidende Rolle spielt hierbei die Bildung, die starken Einfluss auf das Gesundheitsbewusstsein hat. Menschen aus niedrigeren Statusgruppen rauchen öfter, treiben seltener Sport und leiden häufiger an Adipositas.

Den größten Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung werden künftig wahrscheinlich die Migrationsströme haben. Wie sich die Zuwanderung genau entwickeln wird, ist jedoch unsicher und hängt einerseits von den Migrationspotenzialen in den Herkunftsländern und andererseits von den rechtlichen Zuwanderungsregelungen in Deutschland ab. Während das Wanderungspotenzial aus den anderen europäischen Ländern begrenzt ist, könnte der Migrationsdruck aus anderen Teilen der Welt hoch bleiben.

3 Kann Zuwanderung die demographischen Herausforderungen lösen?

Bedeutet die aktuelle Bevölkerungsentwicklung, dass bislang ausgemachte demographische Herausforderungen, wie ein schwindendes Arbeitskräftepotenzial oder steigende Kosten in den Sozialsystemen, abgemildert werden? Und welche neuen Aufgaben insbesondere bei der Integration der Neuankömmlinge sind zu erwarten? Um sich diesen Fragen zu nähern, vergleichen wir zunächst die Ergebnisse der zurückliegenden 9. bis 13. Bevölkerungsvorausberechnung, denen eine Zuwanderung von jährlich 200.000 Personen zugrunde liegt, mit einer Modellrechnung aus der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die von einem jährlichen Wanderungssaldo von 300.000 Personen ausgeht. Hierbei soll verdeutlicht werden, welchen Einfluss eine höhere Zuwanderung auf die absolute Bevölkerungszahl sowie auf die Alterung der Gesellschaft haben könnte.

Einfluss von Zuwanderung auf Bevölkerungsgröße und Altersstruktur

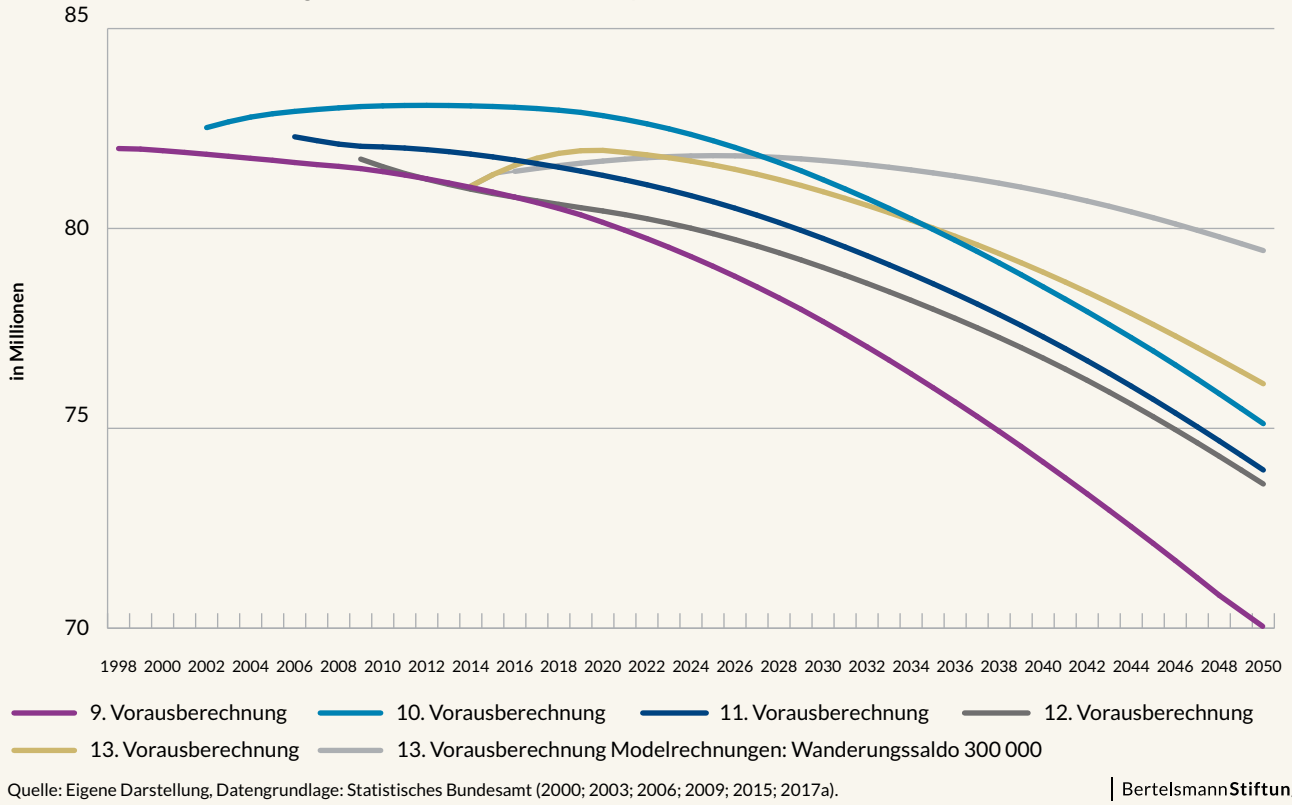
Bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 200.000 Personen kommen die Bevölkerungsvorausberechnungen bis 2050 auf eine Bevölkerungszahl zwischen knapp unter 70 und rund 76 Millionen Personen (Vgl. Abb. 14). Kommen jährlich 100.000 Personen mehr nach Deutschland, dürfte die Bevölkerungszahl bis Mitte des Jahrhunderts gerade einmal auf knapp 79,5 Millionen Personen sinken. Fällt die Zuwanderung noch höher aus, dürfte die absolute Bevölkerungszahl sogar stabil bleiben oder gar wachsen. Dabei ist zu beachten, dass die Modellrechnung den tatsächlichen Bevölkerungsstand für das Jahr 2016 bereits um 1,1 Millionen Personen unterschätzt.

Deutlich geringer wirkt sich eine hohe Nettozuwanderung hingegen auf die Alterung der Bevölkerung aus. Auch bei einer Zuwanderung von 300.000 Personen jährlich dürfte die Zahl der über 64-Jährigen bis Mitte des Jahrhunderts im Vergleich zu 2013 um rund 38 Prozent zunehmen, während jene der 20- bis 65-Jährigen im gleichen Zeitraum um knapp 13 Prozent abnahme. Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren kämen dann rund 54 über 64-Jährige. Im Jahr 2013 lag dieser sogenannte Altersquotient noch bei rund 34.⁴⁵ Ältere Vorausberechnungen kamen für 2050 auf ähnliche Werte. Die 9. koordinierte Bevölkerungsberechnung aus dem Jahr 2000 mit einer angenommenen jährlichen Zuwanderung von 200.000 Personen etwa sagte für 2050 einen Altenquotienten von 52 voraus.⁴⁶

45 Statistisches Bundesamt (2015a).

46 Statistisches Bundesamt (2000).

ABBILDUNG 14 Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr und Modellrechnung (13.) mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 300.000 Personen pro Jahr



Während ein Wanderungssaldo von 200.000 Personen pro Jahr bis 2050 zu einem deutlichen Bevölkerungsrückgang führt, ergeben sich bei der Modellvariante mit 300.000 Zuwanderern pro Jahr nur geringe Bevölkerungsverluste.

Zuwanderung wirkt sinkendem Arbeitskräftepotenzial entgegen ...

Auch wenn Zuwanderung die Alterung der Gesellschaft nicht aufhalten kann, vermag sie demographische Herausforderungen für Wirtschaft und Sozialsysteme abzumildern. Sie kann etwa einer möglichen Arbeitskräfteknappheit entgegenwirken. Welches quantitative Potenzial Zuwanderung auf die Verfügbarkeit von Arbeitskräften hat, verdeutlichen drei Varianten der jüngsten Bevölkerungsvorausberechnung, die sich nur anhand der Wanderungssalden unterscheiden. So käme es bei einem jährlichen Wanderungsüberschuss von 100.000 Personen zwischen 2021 und Mitte des Jahrhunderts zu einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren um rund 11,5 Millionen Personen. Bei einem doppelt so hohen Wanderungsgewinn sänke die Zahl der Erwerbsfähigen um rund 8,5 Millionen Personen. Läge das jährliche Wanderungsplus bei 300.000 Personen, würde der Rückgang nur rund 6 Millionen Personen betragen.⁴⁷

Doch wie hoch müsste die Zuwanderung sein, um das Arbeitskräftepotenzial langfristig konstant zu halten? Die Antwort auf diese Frage hängt auch davon ab, wie gut inländische Potenziale aktiviert werden können. Dies gelingt seit einigen Jahren immer besser. Gerade

⁴⁷ Statistisches Bundesamt (2015a).

unter Frauen und älteren Menschen steigt die Erwerbsbeteiligung. Dieser Trend dürfte sich auch künftig fortsetzen, allerdings in verlangsamter Form, denn die Erwerbsbeteiligung hat eine theoretische Obergrenze von etwa 90 Prozent. Nach einer von der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2015 veröffentlichten Studie müssten selbst unter extrem optimistischen Annahmen zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren zwischen 2015 und 2050 im Saldo jährlich 346.000 Personen nach Deutschland zuwandern, um das Erwerbspersonenpotenzial konstant zu halten. Bei realistischeren Annahmen bräuchte Deutschland sogar Jahr für Jahr eine Nettozuwanderung von 533.000 Personen.⁴⁸

... Qualifikation und Integration sind aber entscheidende Bedingungen, um den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt wirksam zu begegnen!

Entscheidend ist nicht nur, wie viele Menschen dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen, sondern auch, dass sie einen Job finden. Nur so führt ein großes Arbeitskräftepotenzial auch zu vielen Erwerbstätigen. Wie groß der Effekt der Zuwanderung auf die künftige Zahl der Erwerbstätigen ist, hängt somit nicht nur davon ab, wie viele Menschen nach Deutschland kommen, sondern auch davon, welche Fähigkeiten und Qualifikationen sie mitbringen. Denn je besser diese sind, desto eher dürften die Neuankömmlinge auch auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.

Einen Einblick in die Bildungs- und Berufsabschlüsse derjenigen Zuwanderer, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, geben breit angelegte Befragungen wie der Mikrozensus. Demnach hatten 43,7 Prozent aller zwischen 2011 und 2014 Zugezogenen im Alter von 25 bis 35 Jahren einen Hochschulabschluss. Der Anteil mit Hochschulabschluss ist bei ihnen damit höher als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, die im Jahr 2014 lediglich auf einen Wert von 24,1 Prozent kommt. Allerdings gab es unter den Zuwanderern auch überproportional viele Menschen ohne Berufsabschluss, nämlich 27,8 Prozent – unter den Einheimischen sind es nur 9,1 Prozent.⁴⁹

Anders sieht es beim Bildungsstand der Asylbewerber in Deutschland aus, die seit 2015 in großer Zahl nach Deutschland gekommen sind, auch wenn es hierzu bislang wenige Informationen gibt. Eine erste repräsentative Umfrage unter Geflüchteten aus dem Jahr 2016 zeichnet ein durchwachsendes Bild. 13 Prozent der erwachsenen Flüchtlinge haben keine Schule besucht, weitere 12 Prozent nur eine Grundschule. 40 Prozent der Geflüchteten waren auf einer weiterführenden Schule und 35 Prozent haben diese abgeschlossen. Auch bei Hochschul- oder beruflichem Abschluss bleiben die Geflüchteten hinter den Werten der bereits in Deutschland lebenden Menschen zurück. Eine Hochschule absolviert haben nur 11 Prozent der befragten Geflüchteten und weitere 5 Prozent haben einen beruflichen Abschluss erworben. Die bereits in Deutschland lebende Bevölkerung hatte 2014 zu 21 Prozent einen Hochschulabschluss und zu 59 Prozent einen beruflichen Abschluss.⁵⁰

48 Fuchs, J., Kubis, A. und Schneider, L. (2015). Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050. Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial – unter Berücksichtigung der zukünftigen inländischen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. URL: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Zuwanderungsbedarf_aus_Drittstaaten_in_Deutschland_bis_2050_2015.pdf (abgerufen am 25.08.17).

49 Statistisches Bundesamt (2015b). Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie noch nie. Pressemitteilung vom 3. August 2015 – 277/15. Wiesbaden.

50 Brücker, H. et al. (2016). IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. In: IAB-Kurzbericht, 24/2016. Nürnberg; Brücker, H. et al. (2017). IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Politikberatung kompakt 123. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin. URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.563710.de/diwkompakt_2017-123.pdf (abgerufen am 23.03.2018).

Jobwunder auch für Neuankömmlinge?

Doch wie gut ist in den letzten Jahren die Integration der Neuankömmlinge in den Arbeitsmarkt gelungen? Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Start ins Arbeitsleben waren dabei günstig. Denn die Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt und der Bedarf an Arbeitskräften war groß. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Mitte 2010 bis Mitte 2015 um 10 Prozent von rund 28 Millionen auf 30,8 Millionen Beschäftigte gestiegen.⁵¹ Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit von rund 7,7 Prozent im Jahr 2010 auf 6,4 Prozent im Jahr 2015 gesunken.⁵²

Welchen Anteil die Neuzuwanderer an dieser Entwicklung hatten, lässt sich nicht direkt bestimmen. Denn sie können in den Arbeitsmarktstatistiken nicht separat erkannt werden. Allerdings lässt sich über die Staatsangehörigkeit ermitteln, wie gut die Arbeitsmarktchancen von Ausländern und Deutschen insgesamt sind und wie sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Arbeitslosen- oder die Grundsicherungsquote in diesen Gruppen über die Jahre entwickelt hat.⁵³

Die Arbeitsmarktsituation hat sich sowohl unter den Deutschen als auch unter den Ausländern seit 2010 verbessert – die Arbeitslosenquote etwa ist um 1,4 respektive 2,4 Prozentpunkte gesunken (Vgl. Abb. 15). Unter den Ausländern nahm nicht nur die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu, sondern sie waren im Jahr 2015 trotz starker Zuwanderung auch häufiger in einem solchen Beschäftigungsverhältnis als noch im Jahr 2010. Ihre Beschäftigungsquote stieg um 4,4 Prozentpunkte. Letzteres geht vor allem auf Erwerbspersonen aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern zurück. Ihre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsquote ist zwischen 2010 und 2015 um über 16 Prozentpunkte angestiegen. Absolut gesehen bedeutet dies ein Anstieg um 565.000 Beschäftigte. Damit lassen sich rund 20 Prozent des gesamten Anstiegs der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf diese Herkunftsgruppe zurückführen.⁵⁴

Deutlich schlechter ist die Entwicklung unter Menschen aus jenen nichteuropäischen Ländern, aus denen derzeit viele Schutzsuchende kommen. Dies ist wenig verwunderlich, da die meisten von ihnen nicht wie die Osteuropäer als Arbeitsmigranten nach Deutschland kamen, sondern vor Krieg und Terror aus ihren Heimatländern flohen. Zudem sind viele von ihnen erst seit kurzem in Deutschland, sprechen kaum die hiesige Sprache und stehen damit erst am Anfang ihres Integrationsprozesses. Dass Letzteres nicht einfach wird, zeigt die Entwicklung der Quoten seit 2010. So hat die Arbeitslosigkeit unter den Menschen aus den nichteuropäischen Asylländern zwischen 2010 und 2015 um fast 10 Prozentpunkte auf über 43 Prozent zugelegt. Gleichzeitig hat sich der Anteil jener, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben, auf 12,8 Prozent nahezu halbiert. Dass die SGB-II-Quote ebenfalls deutlich zurückging, hängt damit zusammen, dass Asylbewerber während des laufenden Verfahrens keine Grundsicherungsleistung für Arbeitssuchende beziehen dürfen.⁵⁵

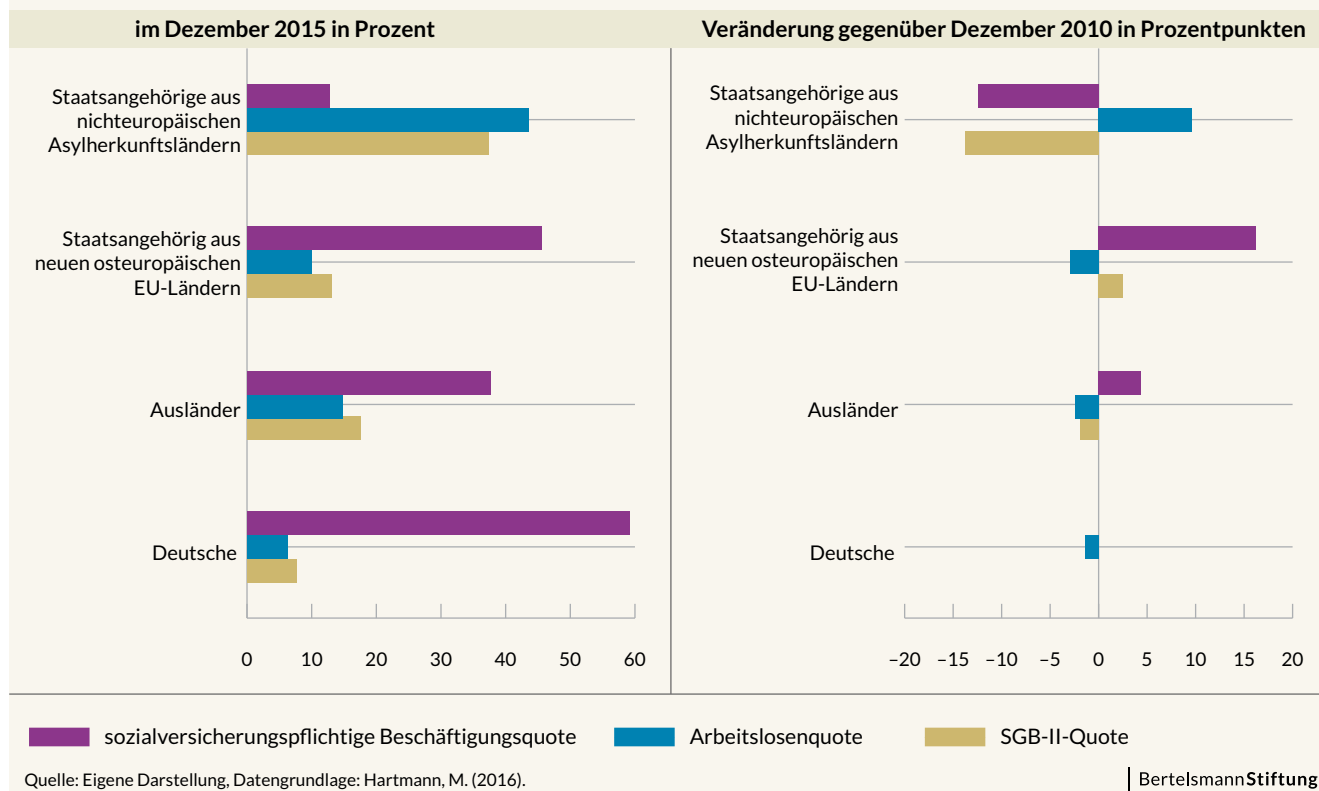
51 Statistisches Bundesamt (o. J.). Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 13111-0001. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 17.07.17).

52 Statistisches Bundesamt (o. J.). Ergebnis - 13211-0001. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes. Wiesbaden. URL: www-genesis.destatis.de/genesis/online/data.jsessionid=B5F6992327C1700A18A88558565BFE13.tomcat_GO_2_3?operation=abrufabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1500295161285&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=13211-0001&auswahltext=%23Z-01.01.2015%2C01.01.2010&werteabruf=Werteabruf (abgerufen am 17.07.17).

53 Hartmann, M. (2016).

54 Hartmann, M. (2016).

55 Hartmann, M. (2016).

ABBILDUNG 15 Vergleich von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote nach Staatsangehörigkeit für Dezember 2015


Deutsche haben im Vergleich zu Ausländern deutlich häufiger eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, sind seltener arbeitslos und auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II angewiesen. Unter den Zuwanderern schneiden jene aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten vergleichsweise gut ab, während Menschen aus den nichteuropäischen Ländern im Vergleich deutlich schlechtere Werte aufweisen.

Die Integration der Neuankömmlinge, insbesondere der Flüchtlinge, dürfte damit keinesfalls einfach werden. Wie die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Flüchtlingswanderung konkret ausfallen, hängt entscheidend davon ab, wie schnell und wie gut die Integration der Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt erfolgt. Nur wenn dies gelingt, kann Zuwanderung dazu beitragen, die demographischen Herausforderungen der Zukunft etwa in den Sozialsystemen abzumildern. Gerade für diese sind die langfristigen Aussichten wenig rosig. Denn die umlagefinanzierten Sozialsysteme funktionieren solange gut, wie ein relativ ausgewogenes Verhältnis zwischen Nettozahlern und Leistungsempfängern besteht. In den kommenden Jahrzehnten wird jedoch durch die Verrentung der geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge die Zahl jener steigen, die Leistungen aus Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erhalten. Gleichzeitig dürfte die Gruppe der potenziell Erwerbstätigen kleiner werden. Die demographische Entwicklung gefährdet damit die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Berechnungen im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen sehen die öffentlichen Haushalte gegenwärtig demographisch bedingt vor einem Konsolidierungsbedarf von 1,2 bis 3,8 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Eine höhere Zuwanderung würde dabei helfen, diese Tragfähigkeitslücke möglichst klein zu halten – sofern die Neuankömmlinge rasch in den Arbeitsmarkt integriert werden können.⁵⁶

⁵⁶ Bundesministerium der Finanzen (2016). Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Berlin.

4 Fazit: Die Schrumpfung der Bevölkerung bleibt vorerst aus

„Weniger, älter, bunter“ – was unter diesem Motto in der Vergangenheit als künftige demographische Zukunft in Deutschland beschrieben wurde, scheint mittlerweile nur noch in Teilen zu stimmen. Denn statt „weniger“ leben heute „mehr“ Menschen in diesem Land. Vor allem die hohe Zuwanderung der letzten Jahre, die von den Vorausberechnungen deutlich unterschätzt wurde, hat zu dieser unerwarteten Trendwende geführt. Statt der angenommenen 100.000 oder 200.000 Personen kamen seit Anfang dieses Jahrzehnts jährlich fast 500.000 nach Deutschland. Die Bevölkerungsentwicklung nahm damit einen anderen Verlauf, als es die Projektionen vorsahen. Doch was bedeutet diese Trendwende für künftige Bevölkerungsvorausberechnungen?

Die Antwort hängt davon ab, wie lange dieses demographische Zwischenhoch anhält. Dies lässt sich aktuell nicht abschätzen. Denn ein Blick in die Wanderungsgeschichte zeigt: Auf Phasen hoher Zuwanderung folgen stets solche mit geringen Wanderungsgewinnen oder gar Abwanderung. Zuletzt ließ sich dies in den 1990er-Jahren beobachten. Wanderten im Jahr 1992 unterm Strich fast 800.000 Personen zu, waren es sechs Jahre später nicht einmal mehr 50.000 Personen.

Erste Anzeichen für einen erneuten Rückgang der Zuwanderung zeigen sich bereits heute: So hat sich der Wanderungssaldo 2016 im Vergleich zu 2015 bereits mehr als halbiert. Und er könnte weiter sinken: Denn von den Menschen, die nach Deutschland kommen, gehen erfahrungsgemäß rund zwei Drittel im Laufe der Zeit wieder in ihre Heimatländer zurück oder wandern in andere Länder weiter. Sollte sich obendrein die wirtschaftliche Lage hierzulande wieder einmal verschlechtern, dürften sich auch weniger Menschen aus anderen europäischen Ländern auf den Weg nach Deutschland machen. Allerdings finden sich auch Gründe, die für eine dauerhaft höhere Zuwanderung – vor allem aus Drittstaaten – sprechen. Das anhaltend starke Bevölkerungswachstum und die zahlreichen Konflikte in Westasien und Afrika dürften auch künftig dazu beitragen, dass sich viele Menschen auf den Weg Richtung Europa machen.

Auch wenn sich vom aktuellen Wanderungsgeschehen kaum auf die künftige Entwicklung schließen lässt: Insgesamt ist künftig mit einer höheren Zuwanderung zu rechnen, als es die Projektionen bislang unterstellen. Sollte sich der Wanderungssaldo bei einem Plus von über 300.000 Personen einpendeln – aus heutiger Sicht ein wahrscheinliches Szenario – sollte sich dies auch in den Varianten künftiger Bevölkerungsvorausberechnungen widerspiegeln. Darüber hinaus könnte sich der aktuelle Trend bei den Geburtenzahlen verstetigen und die zusammengefasste Geburtenziffer auf einen Wert in Höhe von 1,6 ansteigen. Auch diese Entwicklung sollte in künftige Vorausberechnungen einfließen. Einen Bevölkerungsrückgang dürften die Berechnungen auf absehbare Zeit dann nicht mehr ergeben.

Doch auch wenn sich die Einwohnerzahl stabilisieren sollte, wird die Bevölkerung weiter altern. Denn um die Alterung der Bevölkerung in Deutschland zu stoppen, müssten jährlich rund 3,4 Millionen vergleichsweise junge Menschen zuwandern.⁵⁷ Weil sich dieses Szenario ausschließen lässt, wird die Alterung der Gesellschaft die Diskussion um den demographischen Wandel weiter prägen. Zudem dürfte die Lebenserwartung künftig weiter steigen – wenn auch mit ungewissem Tempo. Trotz Zuwanderung wird sich an den bekannten Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und für die Finanzierung der Sozialsysteme wenig ändern.

57 Dessalegne, M. (2001). Replacement migration. Is it a solution to declining and ageing populations? United Nations. New York.

Literatur

- BAMF (2011). Das Bundesamt in Zahlen 2010. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2012). Das Bundesamt in Zahlen 2011. Asyl, Migration, ausländische Bevölkerung und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2013). Bundesamt in Zahlen 2012. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2014). Das Bundesamt in Zahlen 2013. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2015). Das Bundesamt in Zahlen 2014. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.
- BAMF (2017). Aktuelle Zahlen zu Asyl. Ausgabe: Dezember 2016. Nürnberg.
- Berndt, C. (2016). Deutschland erlebt einen kleinen Babyboom. Süddeutsche Zeitung, 30.06.2016. URL: www.sueddeutsche.de/leben/geburtenzahlen-deutschland-erlebt-einen-kleinen-babyboom-1.3056948 (abgerufen am 25.08.17).
- Brücker, H. et al. (2016). IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. Nürnberg.
- Brücker, H. et al. (2017). IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen. Politikberatung kompakt 123. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin. URL: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.563710.de/diwkompakt_2017-123.pdf (abgerufen am 23.03.2018).
- Bundesministerium der Finanzen (2016). Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Berlin.
- Dessalegne, M. (2001). Replacement migration. Is it a solution to declining and ageing populations? United Nations. New York.
- Fiedler, C. (2015). Rund ein Drittel mehr Pflegebedürftige bis 2030. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. URL: www.bib-demografie.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Download/Grafik_des_Monats/2015_06_pflegebeduerftige.pdf?__blob=publicationFileundv=4 (abgerufen am 25.08.17).
- Fuchs, J., Kubis, A. und Schneider, L. (2015). Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050. Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial – unter Berücksichtigung der zukünftigen inländischen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. URL: www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IB_Zuwanderungsbedarf_aus_Drittstaaten_in_Deutschland_bis_2050_2015.pdf (abgerufen am 25.08.17).
- Hartmann, M. (2016). Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik, Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration.
- Kreyenfeld, M. und Konietzka, D. (2004). Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. Rostock.

- Oeppen, J. und Vaupel, J. W. (2002). Broken Limits to Life Expectancy. In: Science, Vol. 296, S. 1029–1031.
- Pöttsch, O. (2016). (Un-)Sicherheit der Bevölkerungsvorausberechnungen. Rückblick auf die koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen für Deutschland zwischen 1998 und 2015. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/2016/04/UnsicherheitenBevoelkerungsvorausberechnungen_042016.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 05.07.17).
- Sievert, S. (2016). Internationale Arbeitskräfte einstellen. Der rechtliche Rahmen und die Spielräume der Arbeitgeber. Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2000). Bevölkerungsentwicklung Deutschlands bis zum Jahr 2050. Ergebnisse der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2003). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2006). Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012). Periodensterbetafeln für Deutschland 1871/1881 bis 2008/2010. Allgemeine Sterbetafeln, abgekürzte Sterbetafeln und Sterbetafeln. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2013). Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen. URL: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/05/PD13_188_121.html (abgerufen am 24.07.17).
- Statistisches Bundesamt (2015a). Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungDeutschland2060_5124202159004.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 05.07.17).
- Statistisches Bundesamt (2015b). Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie noch nie. Pressemitteilung vom 3. August 2015, 277/15. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2016). Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html (abgerufen am 07.07.17).
- Statistisches Bundesamt (2017a). Bevölkerungsstand. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/_lrbevo3.html (abgerufen am 24.07.17).
- Statistisches Bundesamt (2017b). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Wanderungen 2015. Fachserie 1, Reihe 1.2. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Wanderungen/Wanderungen2010120157004.pdf?__blob=publicationFile (abgerufen am 10.07.17).
- Statistisches Bundesamt (2017c). Zahl der Neugeborenen nähert sich Niveau der Jahrtausendwende. Wiesbaden. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ImFokus/Bevoelkerung/GeburtenanstiegUrsachen.html> (abgerufen am 25.08.17).
- Statistisches Bundesamt (2017d). Neugeborene haben hohe Chancen älter als 90 Jahre zu werden. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/06/PD17_212_12621.html (abgerufen am 23.08.17).
- Statistisches Bundesamt (2017e). Kohortensterbetafeln für Deutschland. Ergebnisse aus den Modellrechnungen für die Sterbetafeln nach Geburtsjahrgang 1871–2017. Wiesbaden.

- Statistisches Bundesamt (2018). Bevölkerung in Deutschland zum Jahresende 2016 auf 82,5 Millionen Personen gewachsen. Wiesbaden. URL: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/01/PD18_019_12411.html (abgerufen am 26.01.18).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Ergebnis - 13211-0001. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes. Wiesbaden. URL: www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=B5F6992327C1700A18A88558565BFE13.tomcat_GO_2_3?operation=abrufabelleBearbeitenundlevelindex=2&levelid=1500295161285&auswahloperation=abrufabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=13211-0001&auswahltext=%23Z-01.01.2015%2C01.01.2010&werteabruf=Werteabruf (abgerufen am 17.07.17).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). *Gestorbene: Deutschland, Jahre, Geschlecht*. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12613-0002. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 22.08.17).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). *Lebendgeborene: Deutschland, Jahre, Geschlecht*. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12612-0001. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 22.08.17).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Lebenserwartung in Deutschland. Durchschnittliche und fernere Lebenserwartung nach ausgewählten Altersstufen. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Sterbefaelle/Tabellen/LebenserwartungDeutschland.html (abgerufen am 26.01.18).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Altersgruppen. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 13111-0001. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 17.07.17).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen zum jeweiligen Vorjahr. Wiesbaden. URL: www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/LebendgeboreneDifferenz.html (abgerufen am 31.07.17).
- Statistisches Bundesamt (o. J.). Zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Deutschland, Jahre, Staatsangehörigkeit der Mutter. GENESIS-Online-Datenbank des Statistischen Bundesamtes, Tabelle: 12612-0010. Wiesbaden. URL: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (abgerufen am 05.07.17).
- Sütterlin, S. (2017). Hohes Alter, aber nicht für alle. Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt. (Originalausgabe), Berlin-Institut für Bevölkerung u. Entwicklung. Berlin.
- Vaupel, J. W. und Schwentker, B. (2011). Eine neue Kultur des Wandels – Essay. URL: www.bpb.de/apuz/33439/eine-neue-kultur-des-wandels-essay?p=all (abgerufen am 06.07.17).

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1	Bevölkerungsstand in Deutschland, 1950 bis 2016	7
ABBILDUNG 2	Varianten der koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung 9 bis 13 mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 100.000 Menschen pro Jahr	11
ABBILDUNG 3	Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 Menschen pro Jahr	12
ABBILDUNG 4	Abweichungen der ausgewählten Varianten mit niedriger Zuwanderung (100.000) vom Fortschreibungsergebnis der Bevölkerung nach Alter im Jahr 2016, in Prozent	13
ABBILDUNG 5	Abweichungen der ausgewählten Varianten mit hoher Zuwanderung (200.000) vom Fortschreibungsergebnis der Bevölkerung nach Alter im Jahr 2016, in Prozent	13
ABBILDUNG 6	Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ost, 1950 bis 2015	17
ABBILDUNG 7	Zusammengefasste Geburtenziffer von deutschen und ausländischen Frauen in Deutschland, 1991 bis 2015	19
ABBILDUNG 8	Absolute Zahl der weiblichen Bevölkerung nach Alter in den Jahren 2011 und 2015	20
ABBILDUNG 9	Zahl der jährlichen Sterbefälle und der Lebendgeborenen in Deutschland, 1950 bis 2016	21
ABBILDUNG 10	Durchschnittliche Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren nach dem kurzfristigen Sterblichkeitstrend seit 1971 (Variante 2) für die Geburtsjahrgänge 1871 bis 2017	22
ABBILDUNG 11	Wanderungssaldo zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland, 1950 bis 2016	24
ABBILDUNG 12	Wanderungssaldo Deutschlands nach Staatsangehörigkeit der Zuwanderung, 2004–2015	25
ABBILDUNG 13	Bekannte Aufenthaltsgründe von 630.783 Drittstaatsangehörigen	26
ABBILDUNG 14	Varianten der 9. bis 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen mit einem langfristigen Wanderungssaldo von 200.000 Menschen pro Jahr und Modellrechnungen (13.) mit langfristigem Wanderungssaldo von 300.000 Menschen pro Jahr	30
ABBILDUNG 15	Vergleich von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote und SGB-II-Quote nach Staatsangehörigkeit für Dezember 2015	33

Impressum

© Mai 2018
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich

André Schleiter

Autor

Manuel Slupina, Berlin-Institut für
Bevölkerung und Entwicklung

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildrechte

© Getty Images/iStockphoto/LeoPatrizi

DOI 10.11586/2018023

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

André Schleiter
Project Manager
Programm Arbeit neu denken
Telefon +49 5241 81-81262
andre.schleiter@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de